

- 3 Die Verwaltung der Gedenkstätten in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung
Bewährungsprobe für den bundesdeutschen Föderalismus?
Sylvie Le Grand

- 13 Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Dachau
Ludwig Eiber

- 23 »Die Stadt und das Lager. Oranienburg und das KZ Sachsenhausen«
Das Ausstellungsprojekt – ein Zwischenbericht
Andrea Riedle

- 32 Nutzung des GedenkstättenForums nimmt weiter zu!
Thomas Lutz

- 33 Vergleichen, Austauschen, Abstimmen?
Niederländische und deutsche Erinnerungskultur
Krijn Thijs

- 38 Veranstaltungshinweise

- 43 Buchhinweis
Reiner Rürup (Hg.): Netzwerk der Erinnerung.
10 Jahre Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors

- 45 Literaturhinweise

Titel: Detail aus der neugestalteten historischen Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Dachau. Lagermodell mit Blick auf Mahnmahl, Apellplatz und Lagerstraße.
Siehe hierzu auch den Beitrag von Ludwig Eiber in diesem Heft
Foto: Ludwig Eiber/Haus der Bayerischen Geschichte

Die Verwaltung der Gedenkstätten in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung

BEWÄHRUNGSPROBE FÜR DEN BUNDESDEUTSCHEN
FÖDERALISMUS? ¹

Sylvie Le Grand

Fast ein Jahr nach der Bundestagswahl vom September 1998 hat die rot-grüne Bundesregierung dem Bundestag eine ausführliche »Unterrichtung«² bezüglich ihres Programms zur Finanzierung der Gedenkstätten in Deutschland zukommen lassen. Dieser Unterrichtung lag ein detaillierter Bericht über die finanzielle Beteiligung des Bundes in der Vergangenheit und in der Zukunft in diesem Bereich bei.

Wenn man einmal von den Bundestagsabgeordneten selbst, den verschiedenen Beteiligten an der sogenannten Gedenkstättenbewegung und den Historikern, die den wissenschaftlichen Beiräten dieser Gedenkstätten bzw. deren Stiftungen angehören, absieht, hat dieses neuartige Programm weder in der deutschen noch in der internationalen Öffentlichkeit Beachtung gefunden. Dieses Stillschweigen ist angesichts der Bedeutung des Programms, das die Gültigkeit einer ungewöhnlichen Situation bestätigt und ihr Fortbestehen auf längere Sicht gewährleistet, erstaunlich.

Diese ungewöhnliche Situation ist in Deutschland im Zuge der Vereinigung entstanden und betrifft die Prinzipien des Kulturföderalismus. Seit dem Regierungsantritt Gerhard Schröders im September 1998 und der Gründung eines Quasi-Ministeriums für Kultur auf Bundesebene lassen sich zwar einige zentralisierende Tendenzen des Bundes erkennen, die sich zunehmend auf einen bis dato den Ländern vorbehaltenen Bereich erstrecken; doch das Neuartige im erwähnten Finanzierungsprogramm ist in einem Kontext zu betrachten, der über parteipolitische Optionen und Differenzen weit hinausgeht.

Dieses Programm ist nicht nur von der Regierung Schröder geprägt. Es ist vielmehr das Ergebnis einer dualen Entwicklung, des Zusammenbruchs der DDR und deren Beitritt zur BRD einerseits und eines Paradigmenwechsels im Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus andererseits: die Ära, in der auf unmittelbare Zeugenschaft zurückgegriffen werden konnte, geht zu Ende. Der bemerkenswerte politische Konsens, der die Entstehung und die verschiedenen Änderungen dieses Finanzierungsprogramms begleitet hat, ist vielleicht das deutlichste Zeichen seiner tieferen Bedeutung über alle unmittelbar tagespolitischen Interessen hinaus.

Die am Anfang der 90er Jahre in den Reihen der westdeutschen Gedenkstättenbewegung laut gewordenen Befürchtungen, daß die Gedenkstätten des Nationalsozialismus und überhaupt die nationalsozialistische Vergangenheit dadurch in den Hintergrund geraten könnten, daß die »Opfer« des Stalinismus und der DDR-Staatssicherheit ins Rampenlicht rücken, haben sich als unbegründet erwiesen. Das Schattendasein aller Gedenkstätten ist weitestgehend aufgehoben, selbst wenn zahlreiche Schwierigkeiten fortbestehen.³ Die Bezeichnung der achtziger Jahre in Westdeutschland als »Gedenkstättenjahrzehnt«⁴ könnte man wohl auf die 90er Jahre im vereinigten Deutschland ausdehnen.

Zunächst sollen die Entstehung und die Grundzüge des aktuellen Finanzierungsprogramms dargelegt, dann einige tiefgreifende Veränderungen in der Erinnerungspolitik und der Gedenkstättenlandschaft sowie deren unterschwellige Bedeutung untersucht werden.

Das Programm zur Mitfinanzierung der Gedenkstätten durch den Bund und seine Entstehung

Nach der friedlichen Revolution konnte man zwei zeitgleich auftretende Erscheinungen unterschiedlicher Natur beobachten. Die BRD stand nun, nachdem sie die DDR absorbiert hatte, vor einem kulturellen und erinnerungspolitischen Erbe, das sie zu verwalten hatte. Diese Verwaltung war zu DDR-Zeiten zentralistisch erfolgt, und zwar im Rahmen der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, deren Programm im Januar 1961 d.h. nach der Gründung der Gedenkstätte in Buchenwald 1958 oder in Sachsenhausen 1961 festgelegt worden war und dem Kulturministerium unterstand.⁵

Obwohl dieses Erbe den Prinzipien des bundesdeutschen Föderalismus gemäß in die ausschließliche Zuständigkeit der Länder hätte fallen sollen, war auf Grund von Artikel 35 des Vereinigungsvertrags vom 31. August 1990 eine finanzielle Beteiligung des Bundesstaates im kulturellen Bereich möglich.⁶ Die finanzielle Last von Gedenkstätten wie Buchenwald oder Sachsenhausen hätte die ostdeutschen betroffenen Bundesländer völlig überfordert.

Parallel zu dieser Entscheidung beobachtete man einige Monate nach der Wende, bei der der verordnete Antifaschismus der DDR nicht thematisiert wurde, eine Rückkehr des Verdrängten. Die ehemaligen Konzentrationslager, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu Internierungslagern umfunktioniert worden waren, tauchten im kollektiven Gedächtnis wieder auf. Massengräber wurden in Buchenwald aufgefunden und eine kleine »wilde« Stätte der Erinnerung wurde eilig vor Ort von Nachkommen der Opfer errichtet. Letztere machten unter anderem in Thüringen von sich reden.

Auf Bundes- und Landesebene wurde die öffentliche Hand in zweierlei Hinsicht gefordert: einerseits in Bezug auf Verwaltung und Finanzen, andererseits auf rein historischer Ebene. Sie versuchte, auf diese Herausforderungen zu antworten, indem sie ein Programm und Maßstäbe für die Finanzierung dieser Gedenkstätten erarbeitete und auch indem sie schon 1991/92 Historiker heranzog, um dieser doppelten bzw. dreifachen Vergangenheit gerecht zu werden.

Diesbezüglich muß man höchst verschachtelte Instanzen unterscheiden, von denen Impulse oder Entscheidungen ausgingen: zum einen die Exekutive, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene, zum anderen die Legislative, die in dieser Frage sehr unterschiedliche Befugnisse hat (Parteien, »klassische« parlamentarische Ausschüsse, »außerordentliche« Enquete-Kommissionen). Schließlich sind die Experten, d.h. die Historiker zu erwähnen, die von allen Seiten in Anspruch genommen wurden. Außerdem fielen die Gedenkstätten seit dem Regierungsantritt Gerhard Schröders nicht mehr in den Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, sondern in denjenigen des neugeschaffenen Quasi-Kulturministeriums.

Seit 1993 werden auf Grund eines Beschlusses des Bundesinnenministerium⁷ vom Februar 1993 acht Einrichtungen, denen elf Gedenkstätten unterstehen, vom Bund mitfinanziert.⁸ Bis zum Machtwechsel im September 1998 dient dieser Beschluß den verschiedenen Bundesregierungen als Referenz.

Abgesehen von der zeitlichen und räumlichen Begrenzung (10 Jahre, d.h. bis 2003; neue Bundesländer), die im Juli 1999 von der Regierung Schröder aufgehoben wurde, gehören bis zum heutigen Tag drei weitere Punkte zum Kern des Finanzierungsprogramms des Bundes: die Mitarbeit von Historikern, wobei die Stellungnahme dieser Experten eine für die Mitfinanzierung durch den Bund unabdingbare Voraussetzung ist; der Begriff des »Gesamtstaates« und damit zusammenhängend, die proportionale, finanzielle Beteiligung von Bund und Land. Die Prinzipien des Kulturföderalismus waren für den Beschluß von 1993 also von großer Bedeutung. Eine einmalige Ausnahme bildete dabei die Gestaltung einer zentralen Gedenkstätte, der »Neuen Wache« in Berlin, die der Entscheidung der Bundesregierung vom 27. 1. 1993 entsprechend, in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fiel.⁹

Die Verantwortung der Bundesländer in Sachen »Gedenkstätten« wurde ansonsten in den Vordergrund gestellt, und die finanzielle Beteiligung des Bundes, die von Fall zu Fall zu erwägen war, durfte 50 % der gesamten Förderung nicht übersteigen. Die Begründung einer solchen Beteiligung beruhte auf dem Begriff der Verantwortung und der Pflicht des Gesamtstaates gegenüber dem ausgesuchten Ort.¹⁰ Während diese drei Punkte seit 1993 kaum eine Änderung erfahren haben, wurden die Kriterien zur Auswahl von zu fördernden Gedenkstätten allmählich präzisiert.

Nicht gering zu schätzen ist in dieser Hinsicht die Rolle der beiden Enquete-Kommissionen (1992–1994; 1995–1998), die jeweils der Geschichte der DDR und den Auswirkungen der Diktatur auf den Vereinigungsprozeß gewidmet waren.¹¹ Die Kommissionen beschäftigten sich in zunehmendem Maße mit der Frage der Erinnerung bzw. zeitgemäßem Gedenken: sie wurde zu Beginn vor dem Hintergrund der doppelten Vergangenheit behandelt und bekam eine immer zentralere Bedeutung, da die Klärung dieser Frage zu den vier Aufgaben der zweiten Enquete-Kommission gehörte, die unter anderem konkrete Vorschläge zur Finanzierung von Gedenkstätten und zu förderungswürdigen Gedenkformen formulieren sollte. Einer der neun Arbeitsgruppen der Kommission, der der sozialdemokratische Abgeordnete Siegfried Vergin vorsah und die ausschließlich den Gedenkstätten gewidmet war (Berichterstattergruppe »Gedenkstätten«), fiel diese Aufgabe zu.¹²

Beide Enquete-Kommissionen hatten ähnliche Arbeitsmethoden: öffentliche Anhörungen, Besichtigung der Gedenkstätten, Gespräche mit Experten und Zeugen in Abwesenheit der Öffentlichkeit, Erstellung von Sachverständigengutachten.

Bemerkenswert ist im Falle der Gedenkstätten, daß die wesentlichen historischen Kriterien zur Auswahl von zu fördernden Gedenkstätten, die durch den Bund mitfinanziert werden dürfen, schon seit der öffentlichen Anhörung in Sachsenhausen im März 1994 im Großen und Ganzen festgelegt waren. Sie wurden damals vom Historiker Reinhard Rürup zum ersten Mal dargelegt¹³, im November 1997 dann bei der Anhörung in Berlin zum Thema »Demokratische Erinnerungskultur« von demselben präzisiert,¹⁴ in den Schlußempfehlungen der zweiten Enquete-Kommission erneut betont und schließlich in die von der Regierung Schröder im Juli 1999 vorgelegten Konzeption weitgehend übernommen. In der anfänglichen Darstellung von Reinhard Rürup gab es neun Kriterien; sie sind nun im Regierungstext wesentlich zusammengefaßt: herausragende historische Bedeutung, unverwechselbares Profil, Authentizität des Ortes, Beteiligung des Bundeslandes, nationale oder internationale Tragweite des Ortes oder des Projektes.

Der Schwerpunkt der Konzeption der rot-grünen Regierung liegt in der Übernahme der drei Hauptempfehlungen der zweiten Enquete-Kommission: Ausdehnung auf den Westen des im Osten gültigen Mitfinanzierungsprogramms; Abschaffung der ursprünglich festgelegten Zehnjahresfrist (siehe oben); Einführung eines doppelten Finanzierungssystems: Neben einer institutionellen Förderung für die großen Gedenkstätten existiert eine Projektförderung mit einem speziell dafür eingerichteten Fonds.¹⁵ Dadurch hat die Gedenkstättenförderung an Spielraum gewonnen. Dieser Spielraum wird vom Bund offensichtlich teilweise ausgenutzt, indem die drei großen Gedenkstätten im Westen (Dachau, Bergen-Belsen, Neuengamme) aus der Projektförderung statt aus der institutionellen Förderung wie ursprünglich vorgesehen mitfinanziert werden. Sowohl für eine institutionelle als auch für eine projektbezogene Förderung ist es nach wie vor unerlässlich, daß das jeweilige Bundesland zuvor seinen Finanzierungsanteil festgelegt hat, damit der Bund eventuell eine entsprechende Mitfinanzierung anbieten kann.

Neben der strikten Einhaltung jener Prinzipien des bundesdeutschen Föderalismus besteht eine graue Zone mit Lösungen, die von Staatsbeamten als »politisch« bezeichnet werden, z.B. die sogenannten Sondermittel, die nötigenfalls gewährt werden. Zusätzlich können andere öffentliche finanzielle Quellen in Anspruch genommen werden, so z.B. Subventionen aus der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur¹⁶, das Aufbauprogramm Kultur in den neuen Bundesländern, die Hauptstadtkulturförderung, aber diese Förderungen sind gering, gemessen am eigentlichen Finanzierungsprogramm des Bundes, das für das Jahr 2000 10 Millionen DM, 15 Millionen für die Jahre 2001 und 2002 zur Verfügung stellte und 20 Millionen DM (d.h. 10 Millionen Euro) für 2003 vorsah.

Diese Zahlen wurden von den Gedenkstätten positiv aufgenommen. Als viel wichtiger erscheint jedoch vor allem die unbefristete Verlängerung des Finanzierungsprogramms und seine Ausdehnung auf ganz Deutschland. Somit wurde der gravierende Widerspruch aufgelöst, der dem anfänglichen Finanzierungsprogramm anhaftete. Wie war es möglich, eine auf die Verantwortung des Gesamtstaates gegründete Förderung langfristig auf Raum und Zeit zu begrenzen ?

Tiefgreifende Veränderungen in Erinnerungspolitik und Gedenkstättenlandschaft

Einige Faktoren haben sich auf die Entstehung dieses neuartigen Finanzierungsprogramms günstig ausgewirkt. Parallel zur Debatte, die diesem Programm in einer Vollversammlung des Bundestages am 22.4.1999 gewidmet wurde, erfolgten im stark mediatisierten Rampenlicht die allerletzten Stellungnahmen im Rahmen der leidenschaftlichen Polemik um das heftigst diskutierte Holocaust-Mahnmal. Der zeitliche Zusammenfall dieser Faktoren hat einen positiven Einfluß auf die Konzeption des Bundes zur Förderung von Gedenkstätten ausgeübt, so einige Beobachter: es sei kaum zu verantworten, einerseits ein symbolisches, groß angelegtes Denkmal großzügig zu fördern und andererseits bei langfristigen Projekten an jeder Ecke zu sparen, da in beiden Fällen im Grunde genommen das selbe auf dem Spiel stehe.¹⁷

Außerdem hat die doppelte, d.h. nationalsozialistische und kommunistische Vergangenheit mancher dieser Gedenkstätten, so Buchenwalds oder Sachsenhausens, eine nicht zu unterschätzende Auswirkung auf die Förderung dieser Orte gehabt. Diese

doppelte Vergangenheit stellte die Historiker vor eine Herausforderung: sie mußten die vielfachen Lücken und Desiderate der Forschung füllen und eine Art Leitlinie für die komparatistische Reflexion und Diskussion möglichst schnell erarbeiten. Die Gedenkstätten selbst mußten daraus die praktischen, d.h. vor allem pädagogischen und museologischen Schlußfolgerungen zur sachgerechten Gestaltung ihres Erbes ziehen. Schließlich scheint diese historische Herausforderung auch zu einer neuen Qualität der Geschichtsschreibung des Nationalsozialismus geführt zu haben. Zumindest ist sie damit zeitlich zusammengefallen.¹⁸

Nicht von ungefähr zählt also diese doppelte Vergangenheit neben zwei weiteren Fragenkomplexen zu den Themen, die dieser vielschichtigen Finanzierungsfrage ihre Brisanz verleihen.

Jene heikle Frage der doppelten Vergangenheit wird im Regierungsbericht vom Juli 1999 stillschweigend übergangen, obwohl sie in den Schlußempfehlungen der zweiten Enquete-Kommission mit besonderer Sorgfalt behandelt wurde. Politische Zurückhaltung?

Beide Enquete-Kommissionen haben sich allerdings bemüht, für diese komplizierte komparatistische Reflexion, die im Mittelpunkt der ersten großen Anhörung in Sachsenhausen im März 1994 stand, einen klaren begrifflichen Rahmen abzustecken, und dies in einer Zeit, wo dieses Thema noch sehr umstritten war.

Die Botschaft der Enquete-Kommission war eindeutig: es ging darum, eine wechselseitige Relativierung beider Epochen und eine pauschalisierende Behandlung der jeweiligen Opfer zu vermeiden. Die präzise, verwendete Terminologie zeugt von der Bemühung um eine sachgerechte Unterscheidung zwischen SED-Unrecht, stalinistischen Gewalttaten und nationalsozialistischem Terror.¹⁹ Dieser Steigerung wohnt eine Quasi-Hierarchisierung der verschiedenen Gewaltformen inne. Die sowjetischen Internierungslager werden als eine direkte Folge des Nationalsozialismus verstanden und auf dem Hintergrund einer von den Alliierten in Potsdam festgelegten, politischen Nachkriegsordnung²⁰ betrachtet: Die betonte Aufeinanderfolge beider Phänomene, das heißt im Grunde ihr kausaler Zusammenhang, ist also ein weiterer wichtiger Leitsatz dieses komparatistischen Diskurses.

Aus diesen allgemeinen Grundsätzen ergeben sich folgende museologische Optionen: deutliche Trennung der Gedenkort je nach Zeitraum und Opfergruppe; ebenso deutliche Trennung zwischen den Orten historischer Aufklärung und den Gedenkplätzen.

Die Gedenkstätte Buchenwald veranschaulicht fast exemplarisch die sich auf die doppelte Vergangenheit beziehenden Konfliktlinien²¹ und die praktische und ästhetische Umsetzung der oben dargelegten Prinzipien. In der DDR als emblematische Mahn- und Gedenkstätte des verordneten Antifaschismus bereits privilegiert, nimmt sie in der Gedenkstättenlandschaft der neuen Bundesländer immer noch eine herausragende Stellung ein. Ihre Strukturen wurden schon in kürzester Zeit von Grund auf erneuert. Drei neue ständige Ausstellungen, die jeweils das nationalsozialistische Konzentrationslager, das Internierungslager und schließlich die Schlüsselrolle der Gedenkstätte im antifaschistischen Selbstverständnis und Diskurs der DDR thematisieren, sind zwischen 1992 und 1999 entstanden.²²

Bis zur Eröffnung der zweiten ständigen Ausstellung im Mai 1997 hatte es jedoch an polemischen Konflikten nicht gefehlt. Die eingangs erwähnte Errichtung von Gedenktafeln für Opfer des Internierungslagers auf dem Gelände der Gedenkstätte im

Februar 1990 hatte zur Folge, daß die Leitung der Gedenkstätte die Opferverbände darum bat, dafür zu sorgen, daß diese als begrenzter privater Gedenkort geduldete Stelle keine Ausweitung erfährt. Zudem wurde den Nachkommen des kompromittierten nationalsozialistischen Weimarer Oberbürgermeisters nahegelegt, die Gedenktafel zur Ehrung ihres Vaters abzuändern.

Des Weiteren löste die Architektur des Gebäudes für die ständige Ausstellung über das Internierungslager einen Konflikt zwischen der Gedenkstättenleitung und den betroffenen Opferverbänden aus. Letztere teilten nicht den Willen der Gedenkstättenleitung, gerade für dieses Gebäude eine nüchterne, zweckmäßige Architektur zu wählen, die in ihrer Umwelt kaum auffällt und über die betroffene geschichtliche Periode nichts aussagt. Die Gedenkstättenleitung hatte sogar das Architektenteam gebeten, sein ursprüngliches Projekt zu ändern, als sie bemerkt hatte, daß in dieses Projekt architektonische Reminiszenzen an die israelische Gedenkstätte in Yad Vashem integriert worden waren. Für die Opferverbände war aber dieser Wunsch, möglichst alle »Trauerelemente« wegzulassen, die durch die Architektur zum Ausdruck kamen, nicht nachvollziehbar.²³

Aus mehreren Gründen ist die Debatte um die doppelte Vergangenheit immer noch nicht abgeschlossen. In der allgemeinen Öffentlichkeit überlagert manchmal die Ost-West-Kluft diese Diskussion und verleiht ihr eine stärkere emotionale Komponente. Unter den Historikern gibt es eine aktive Minderheit, die darauf besteht, Kommunismus und Nationalsozialismus gleichzusetzen, wie die von ihnen beliebte pauschalisierende Bezeichnung »totalitäre Gewaltherrschaft« es nahelegt. Andere, wie der Historiker Bernd Faulenbach (Bochum), der Mitglied in verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten ist, bemühen sich dagegen die komparatistische Reflexion zu klären und wenden sich dabei unter anderem an die Mitarbeiter der Gedenkstätten.²⁴

In Westdeutschland besteht seit den siebziger Jahren eine Gedenkstättenbewegung, die durch den Umbruch seit 1990 und vor allem durch diese Frage der doppelten Vergangenheit regelrecht erschüttert wurde. Sie erweist sich als ein guter Seismograph der tieferen Vorgänge, die im Laufe der letzten Jahrzehnte in dem Bereich der Erinnerungspolitik zu beobachten waren. Dieses dynamische Milieu hat seinen Ursprung in jener Aufbruchsstimmung der siebziger und achtziger Jahre, die die Entstehung von zahlreichen lokalen und regionalen Initiativen (z.B. Geschichtswerkstätte, Bürgerinitiativen zur Erforschung der örtlichen Geschichte oder zur Errichtung von Gedenktafeln bzw. von Gedenkstätten), die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus befassen, parallel zum »Museenboom« gekennzeichnet hat.²⁵

Für den Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten ist diese Bewegung erst relativ spät und aus dem Kampf gegen die lokalen oder regionalen Behörden hervorgegangen, denen es anfänglich widerstrebt, sich mit den Schattenseiten der örtlichen oder regionalen Geschichte, sowie der baulichen Hinterlassenschaften auseinanderzusetzen. Seit Anfang der 80er Jahre besteht ein mehr oder weniger informelles, aber wirksames Netzwerk um das Gedenkstättenreferat des evangelischen Vereins Aktion Sühnezeichen, das 1983 in Berlin gegründet und 1993 von der Stiftung Topographie des Terrors übernommen wurde.

Die Entwicklung, die diese Gedenkstättenbewegung durchgemacht hat, ist gekennzeichnet durch eine wachsende Institutionalisierung und Professionalisierung der Gedenkstättenarbeit (Gründung spezialisierter Netzwerke von Gedenkstättenbibliothe-

karen, bzw. von Gedenkstättenpädagogen)²⁶, durch die Verstärkung der internationalen Kontakte, aber auch durch eine Reflexion über die pädagogische Praxis, die ihrerseits im Mittelpunkt der Überlegungen zur »Zukunft der Erinnerung« steht.

Alle Vertreter von Gedenkstätten bemühen sich um die Anerkennung ihrer Arbeit gerade zu diesem historischen Zeitpunkt, an dem die direkten Zeugen verschwinden. Die leidenschaftliche Diskussion um die vielschichtige Bedeutung des Begriffs »Gedenkstätte« und die »Polyfunktionalität« der Gedenkstätten ist nur in diesem besonderen Zusammenhang richtig zu verstehen.²⁷

Die Gedenkstätten verlangen eine ähnlich seriöse, d.h. finanzielle Behandlung wie die historischen Museen.²⁸ Eine der Leitlinien der Argumentation, worüber sich alle Beteiligten einig sind, ist die Betonung jener vielfachen Funktionen von Gedenkstätten: sie sind oft in erster Linie Friedhöfe, Trauerorte, und sollen daher humanitären Aufgaben gerecht werden, aber sie sind auch vor allem Orte, deren nicht unproblematische Authentizität eine Reihe von Aufgaben mit sich bringt: Gegenstände, Denkmäler oder bloße Spuren müssen gesichert werden.

Auch werden dort historische Ausstellungen erarbeitet, so daß der Unterschied zu historischen Museen in dieser Hinsicht nur gering ist. Es sind Orte, an denen im Bereich der Geschichte oder sogar der Archäologie geforscht wird. Und schließlich wird ihnen eine pädagogisch wesentliche Rolle im Hinblick auf die politische Bildung und die Arbeit mit der deutschen oder mit der internationalen Jugend zugeschrieben. Sie bedürfen folglich Fördermittel, die diesen anspruchsvollen Erwartungen entsprechen.

Wie es die Aufzählung dieser vielfachen Aufgaben zeigt, sind Gedenkstätten aber auch viel mehr als Museen, und wenden sich heftig gegen jedwede Musealisierung der Erinnerung an den Nationalsozialismus. Dabei sind sich die Mitarbeiter der Gedenkstätten dessen bewußt, daß dies angesichts des Paradigmenwechsels in der Erinnerungsarbeit für unsere Gesellschaften besonders wichtig ist. Dies erklärt ihre eindeutige Ablehnung des Konzepts eines Holocaust-Museums nach amerikanischem Modell, das einst von Michael Naumann befürwortet worden ist.

Im Hinblick auf die Tendenz zur Institutionalisierung, die seit einem Jahrzehnt zu beobachten ist und sich im Status einer Stiftung öffentlichen Rechts vieler Gedenkstätten widerspiegelt, sind die Meinungen jedoch geteilt. Einige haben eingesehen, daß die Stunde der Lobbies geschlagen hatte und daß eine einheitliche Haltung von Gedenkstätten mit ähnlichem Anliegen angesichts der Erinnerungspolitik des Bundes geboten war.

So wurde im März 1997 ein Zusammenschluß der großen Gedenkstätten von Ost und West, die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der BRD gegründet.²⁹ Entgegen der Befürchtungen der »kleinen« Gedenkstätten damit von den »großen« in den Hintergrund gestellt zu werden, versucht die Arbeitsgemeinschaft, die ganze Bewegung zu vertreten. Alle verteidigen ihre »Dezentralität« als ein wesentliches Kennzeichen ihrer Identität. Sie ist zunächst das Merkmal ihrer Herkunft und ihres emanzipatorischen Impetus: Diese Gedenkstätten sind aus dem bürgerschaftlichen Engagement von militanten Individuen entstanden. Dieser Dezentralität, die als Leitmotiv im Diskurs dieser Bewegung fungiert, wird eine doppelte, d.h. historische und quasi-therapeutische Rechtfertigung verliehen: sowie die Forschungen über den Nationalsozialismus seine außergewöhnliche Verankerung im Zentrum der damaligen deutschen Gesellschaft nachgewiesen haben, so sollen die auf das ganze deutsche Territorium zerstreuten

Gedenkstätten als Spiegelbilder dieser historischen Wirklichkeit dazu beitragen, in der ganzen heutigen Gesellschaft diese Erinnerungskultur zu verbreiten, die als vorbeugender Schutz gegen alle totalitären Ausschreitungen gilt.

Interessant ist in dieser Hinsicht die Feststellung, daß das neue Programm zur Mitfinanzierung der Gedenkstätten durch den Bund offenbar positiv aufgenommen wurde. Zumindest wurde es im Gedenkstättenrundbrief nicht kritisiert. Die relativ hohen Summen, die dieses Programm für die Gedenkstätten aufbringt, konnten die verschiedenen Beteiligten nicht gleichgültig lassen. Wie dem auch sei, das zu bewahrende Gleichgewicht zwischen Beachtung der Dezentralität der Gedenkstättenlandschaft und Gefahr einer Verstaatlichung der Erinnerung stellt für alle Partner eine wirkliche Gratwanderung dar.³⁰

Es fehlt zwar nicht an Erklärungen von Bundesregierung oder hohen Staatsbeamten,³¹ die darauf abzielen, die Befürchtungen der Gedenkstätten auszuräumen; naheliegend ist auch, daß die Bundesregierung in finanzieller Hinsicht großes Interesse daran hat, die Unabhängigkeit der Gedenkstätten zu wahren; doch der offizielle Diskurs ist durch eine Reihe von verallgemeinernden, manchmal ungeschickten Formulierungen geprägt, die zweierlei Erscheinungen zutagebringen:

Erstens ist die Frage nach der Erinnerung, bzw. die »Erinnerungskultur« für das vereinte Deutschland zu einer Schlüsselfrage geworden. Hier geht es um seine Identität schlechthin, die in einem Neubestimmungsprozeß begriffen ist, wie es diese neue Qualität der Erinnerung an den Nationalsozialismus deutlich macht. Diese Erinnerung war schon in der Zeit der Teilung ein fester Bestandteil der Identität beider deutscher Staaten, aber unter entgegengesetztem und konkurrierendem, nun überholten Vorzeichen. Für den Bundesstaat ist nun die Versuchung daher um so größer, auf diese wesentliche Dimension seines Selbstverständnisses und seines Selbstbildes einzuwirken.

Außerdem werden einige offizielle Formulierungen durch häufiges Wiederholen so klischeehaft, daß man eine Ritualisierung und Sättigung des Diskurses mit all den damit zusammenhängenden Schwierigkeiten beobachten kann.

Als Beispiel seien hier einige Zitate solcher wiederkehrender Leerformeln angeführt: so ist der »antitotalitäre Konsens« zu nennen, unter dessen Vorzeichen die Arbeit beider Enquete-Kommissionen und die Konzeption zur Gedenkstättenförderung des Bundes gestellt worden sind, oder das Ziel einer »Festigung des demokratischen Bewußtseins«,³² das von beiden Enquete-Kommissionen großgeschrieben wurde und sich in das Ziel einer »Festigung der demokratischen Erinnerungskultur« verwandelt hat. Letzterer Ausdruck, dessen elliptische Wendung den Begriff in französischer Übersetzung ganz unverständlich macht, ist wohl das zur Zeit beliebteste Leitmotiv in diesem Kontext.

Wie ist diese leichte Schwerpunktverlagerung der Bundespolitik im Hinblick auf den Kulturföderalismus zu verstehen?

Die Prinzipien, die dem Kulturföderalismus zugrundeliegen, haben sich also tatsächlich leicht geändert, aber ohne die Grundlagen desselben auch nur im geringsten in Frage zu stellen. Aufgelöst ist jedenfalls der Widerspruch, der ungefähr sieben Jahre lang währte und auf Grund dessen die finanzielle Unterstützung des Bundes den vorbildlichen Gedenkstätten im Osten vorbehalten war. Aber die Ironie der Geschichte will, daß zwei Enquete-Kommissionen über die DDR notwendig wurden, damit die Frage

einer Bundesfinanzierung von westlichen Gedenkstätten mit bundesweiter Bedeutung deutliche Fortschritte macht, während der Erforschung des Nationalsozialismus niemals eine Enquete-Kommission gewidmet und auch niemals soviel öffentliches Geld aufgebracht wurde!

Laut Günter Morsch, Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen ist der Anstoß zur Erneuerung in der Erinnerungspolitik im Gegensatz zu all den großen, vereinigungsbedingten Bereichen aus dem Osten gekommen. Diese Behauptung muß jedoch differenziert werden. Wenn sich die Auseinandersetzung mit der DDR-deutschen Ideologie eines verordneten Antifaschismus und die Notwendigkeit einer Umstrukturierung der ostdeutschen Gedenkstätten auf die Entwicklung der Reflexion tatsächlich unmittelbar ausgewirkt haben, so wurden doch sowohl Auseinandersetzung als auch Umstrukturierung fast ausschließlich von Westdeutschen geführt, bzw. vorgenommen. Sie haben die Schlüsselposten in den Stiftungen öffentlichen Rechts inne, die die großen Gedenkstätten im Osten verwalten.

Diese neue Erinnerungspolitik des vereinigten Deutschlands verdient es auf jeden Fall, aufmerksam verfolgt zu werden. Der Historiker Bernd Faulenbach stellt fest, daß nun »Nationaldenkmäler neuer Art« entstehen, die gleichzeitig Museen und Monumente, aber den Nationaldenkmälern des 19. Jahrhunderts ganz entgegengesetzt sind.³³ Wahrscheinlich, so muß man hinzufügen, spielt die Tatsache, daß diese Orte eine »authentische«, bzw. »historische« Dimension haben, dabei eine Schlüsselrolle, da diese Dimension als Gewähr für die vergangene Wirklichkeit gilt, aber auch – so die Erwartungen – eine sinnliche Erfahrung der Geschichte ermöglichen soll. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Gedenkstätten den vielfachen, ihnen zugeschriebenen Funktionen gerecht werden können.

Dr. Sylvie Le Grand hat über evangelische Kirchen und Basisgruppen in der DDR promoviert und arbeitet heute als Dozentin im Fach Germanistik an der Universität Paris 10-Nanterre.

- 1 Dies ist die übersetzte und überarbeitete Fassung eines in französischer Sprache verfaßten Vortrags, der im Mai 2002 auf dem jährlichen Kongreß des französischen Germanistenverbands (A.G.E.S.) in Lyon gehalten wurde. Siehe Le Grand, Sylvie, »Gérer les mémoriaux dans les nouveaux Länder depuis l'unification: le fédéralisme à l'épreuve?« in: Margotton, J.-C., Pérennec, M.H. (Hg.), *La mémoire (Actes du 35^e congrès annuel de l'AGES)*, Lyon, Presses universitaires de Lyon, 2003, S. 271–281. Vorliegender Beitrag ist der Blick von außen einer französischen Germanistin und das Ergebnis einer in zwei Phasen durchgeführten Forschung. Anlässlich einer Recherche über Opferverbände in den neuen Bundesländern (siehe Le Grand, Sylvie, »Les associations de victimes du régime de RDA: organisation, objectifs, discours« in: *Allemagne d'aujourd'hui*, avril-juin 1998, n°144, S. 192–213) habe ich mich zunächst im Sommer 1997 mit den Fragen, die um das hier erwähnte Programm des Bundes zur Finanzierung von Gedenkstätten im Osten kreisen, auseinandergesetzt. Die Informationen habe ich im Februar 2002 aktualisiert. Öffentliche und inoffizielle Dokumente der ad hoc Behörden, telefonische oder sonstige Gespräche mit Staatsbeamten, Gedenkstättenmitarbeitern oder –leitern und Mitgliedern von Opferverbänden waren meine Hauptquellen für diese Forschung, die auch der Auswertung der letzten zwölf Jahrgänge des Gedenkstättenrundbriefs (ab jetzt als GSR zitiert) viel verdankt. In Bezug auf den vorliegenden Beitrag möchte ich ganz besonders Dr. Ackermann, Roman Bernhoff, Dr. Hubert Boos, Dr. Heinrich Fink, Ursula Härtl, Thomas Lutz, Dr. Ulrich Mähler, Prof. Dr. Günter Morsch, Dagmar Nollenberg, Michael Reinold, Prof. Dr. Reinhard Rürup, Dr. Sebastian Saad, Dr. Horst Seferens für ihre Gesprächsbereitschaft und ihre konkrete Hilfe danken. Ein besonderer Dank gilt auch meiner Kollegin Carola Schöne für das freundliche Korrekturlesen dieser Übersetzung.
- 2 Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/1569, 27.7.1999. Unterrichtung durch die Bundesregierung: Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland.
- 3 Morsch, Günter, »Roll back« oder Abwicklung, Antifaschismus oder Antitotalitarismus, Ästhetisierung oder Musealisierung: Die ostdeutschen KZ-Gedenkstätten nach der »Wende« 1989«, in: Grüttner, Michael, Hachtmann, Rüdiger, Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.), *Geschichte und Emanzipation*, Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt a. M., New York, Campus Verlag, 1999, S. 625–650.
- 4 U. Neirich (2000) zitiert von Morsch, Günter, »Die Bedeutung der kleineren Gedenkstätten in der Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Gause, Detlev, Schomaker, Heino (Hg.), *Das Gedächtnis des Landes. Engagement von BürgerInnen für die Kultur des Erinnerns*, Hamburg, EB-Verlag, 2001 (Evangelische Akademie Nordelbien; Bd. 4), S. 18.
- 5 Ein Kuratorium, das mit der Gründung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten beauftragt wurde, war schon im April 1955 eingerichtet worden. Siehe Artikel »Nationale Mahn- und Gedenkstätten« in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), *DDR-Handbuch*, Köln, Verl. Wissenschaft und Politik, 1985, S. 930. Siehe auch Morsch, Günter, A.a. O. (Quelle Fußnote 3), S. 3–7.
- 6 Art. 35, § 4: »Die bisher zentral geleiteten kulturellen Einrichtungen gehen in die Trägerschaft der Länder oder Kommunen über, in denen sie gelegen sind. Eine Mitfinanzierung durch den Bund wird in Ausnahmefällen, insbesondere im Land Berlin, nicht ausgeschlossen.« [...] § 7: »Zum Ausgleich der Auswirkungen der Teilung Deutschlands kann der Bund übergangsweise zur Förderung der kulturellen Infrastruktur einzelne kulturelle Maßnahmen und Einrichtungen in dem in Artikel 3 genannten Gebiet [d.h. Beitrittsgebiet, S. L.] finanzieren.« Die Verträge zur Einheit Deutschlands, München, Beck-Texte im dtv, 1990, S. 62.
- 7 »Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland«, 2.2.1993 (Bundesministeriums des Innern, Anlage zur BMF-Vorlage Nr. 173/92).
- 8 Es handelt sich um folgende Gedenkstätten: Buchenwald, Mittelbau-Dora, Sachsenhausen, Ravensbrück, Topographie des Terrors, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin-Hohenschönhausen, Bautzen, Torgau, Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth. Quelle siehe Anmerkung 2.
- 9 Zur diesbezüglich entstandenen Polemik siehe: Büchten, Daniela, Frey, Anja (Hg.), *Im Irrgarten deutscher Geschichte, Die Neue Wache 1818–1993*, Berlin, Schriftenreihe Aktives Museum Bd. 5, 80 S.
- 10 Der Beschluß von 1993 begründete die Verantwortung des Gesamtstaates auch durch die internationale Bedeutung des Ortes. Dies ist in der Konzeption des Bundes von 1999 nicht mehr der Fall. Es genügt die nationale Dimension des Ortes, während seine lokale oder regionale Bedeutung hier nicht betrachtet werden.
- 11 Deutscher Bundestag (Hg.), *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«* (12. Wahlperiode; 9 Bände in 18 Bänden), Baden-Baden, Nomos, 1995. Deutscher Bundestag (Hg.), *Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«* (13. Wahlperiode; 8 Bände in 14 Teilbänden), Baden-Baden, Nomos, 1999. Diese Quellen werden ab jetzt als Materialien I (erste Enquete-Kommission) und Materialien II (zweite Enquete-Kommission) zitiert.
- 12 Siehe dazu Reinold, Michael, »Die Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes« in: GSR Nr. 91, 10/1999, S. 22–31. Auf weiter zurückliegende Etappen dieser Genese geht derselbe Autor in

- seinem Beitrag »Demokratische Erinnerungskultur. Gedenkstätten-Museen-Denkmäler« in: museums-kunde 64, 1/1999, S. 14–22 ein.
- 13 Materialien I, Bd. IX, S. 247.
 - 14 Materialien II, Bd. VI, S. 154–156.
 - 15 Gespräch mit Reinhard Rürup, 27. 2. 2002.
 - 16 Neben den Schlußempfehlungen der zweiten Enquete-Kommission gilt sie als konkretes Hauptergebnis ihrer Arbeit. Gespräch mit Michael Reinold, 1. 3. 2002.
 - 17 Gespräch mit Günter Morsch, 26. 2. 2002.
 - 18 Über diesen historiographischen Aspekt siehe Husson, Comprendre Hitler et la Shoah, Paris, PUF, 2000, S. 260–266; »Im vereinigten Deutschland kommt hinzu, daß die kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit seit 1990 an Gewicht gewonnen und nicht verloren hat.« (Reinhard Rürup, bei der Anhörung zur demokratischen Erinnerungskultur) siehe Materialien II, Bd. VII, S. 149.
 - 19 Materialien I, Bd. IX, S. 225.
 - 20 Materialien I, Bd. IX, 247.
 - 21 Zu diesen Konfliktlinien im allgemeinen siehe Morsch, Günter, A.a. O. (siehe Fußnote 3), S. 10–11.
 - 22 Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Die Neukonzeption der Gedenkstätte Buchenwald, Weimar, 2001, 103 S.
 - 23 Gespräch mit Heidrun Brauer, damals Vorsitzender des Opferverbands Initiativegruppe Buchenwald 1945–1950 e.V., am 20. 8. 1997.
 - 24 Faulenbach, Bernd, »Die Verfolgungssysteme des Nationalsozialismus und des Stalinismus« in: GSR Nr.; 86, 12/1998, S. 3–13.
 - 25 Gespräch mit Günter Morsch, 26. 2. 2002. Siehe auch dazu die Beiträge desselben (Fußnote 3 und 4).
 - 26 GSR Nr. 89, 6/1999, S. 18–20, 25–32; Nr. 99, 2/2001, S. 30–34.
 - 27 Zu dieser Diskussion siehe unter anderem Pfüller, Matthias, »Opfergedenkstätten oder politische Memorialie? Überlegungen zur Definition des Gedenkstättenbegriffs.« In: Stiftung Topographie des Terrors, Politische Memorialie e.V. Mecklenburg-Vorpommern. Gedenkstätten-Gesellschaft-Gedächtnis (Protokoll des 33. bundesweiten Gedenkstattenseminars in Schwerin am 1. Juni 2000); Skriebeleit, Jörg, »Neue Unübersichtlichkeit? Gedenkstätten und historische Orte im aktuellen erinnerungspolitischen Diskurs« in: GSR Nr. 103, 6/2001, S. 3–10.
 - 28 Siehe dazu die von Michael Reinold genannten Zahlen im Vergleich (2. Quelle, Fußnote 12, S. 17).
 - 29 GSR Nr. 76, 4/1997, S. 32–33; Nr. 80, 12/1997, S. 18–20; Nr. 84, 8/1988, S. 23–28; Nr. 86, 12/1998, 27–28.
 - 30 Siehe dazu unter anderem Garbe, Detlef, »Von den »vergessenen KZs« zu den »staatstragenden Gedenkstätten?« in: GSR Nr. 100, 4/2001, S. 75–82. Alle Beiträge dieser Jubiläumsausgabe sind darüber hinaus für die vorliegende Arbeit wichtig gewesen.
 - 31 Siehe z.B. die Rede von Dr. Knut Nevermann (BKM) zur Eröffnung des 33. bundesweiten Gedenkstätten-seminars in Schwerin am 1. Juni 2000 (Quelle Fußnote 27).
 - 32 »Ihre Arbeit hat das Ziel, im Dialog mit der Öffentlichkeit zur Festigung des demokratischen Bewußtseins und zur Weiterentwicklung einer gemeinsamen politischen Kultur in Deutschland beizutragen.« Materialien I, Bd. 1, S. 154; »Die Enquete-Kommission soll zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins, des freiheitlichen Rechtsempfindens und des antitotalitären Konsenses in Deutschland beitragen und zur Verharmlosung und Rechtfertigung von Diktaturen entgegenwirken. Dafür ist die Entwicklung gesamtdeutscher Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und deren Opfer wichtig. [...] In diesem Zusammenhang soll die Kommission unter Berücksichtigung der bestehenden Bund-Länder-Absprachen Vorschläge zu einer umfassenden Gedenkstättenkonzeption unterbreiten.« Materialien II, Bd 1, S. 6; »Die Enquete-Kommission versteht ihre Vorschläge als Beitrag [...] für die Festigung der demokratischen Erinnerungskultur in Deutschland.« Materialien II, Bd 1, S. 587.
 - 33 Faulenbach, Bernd, »Erinnerung und Politik in der DDR und der Bundesrepublik. Zur Funktion der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus« in: Deutschland Archiv 4/1997, S. 606.

Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Dachau

Ludwig Eiber

Am 2. Mai 2003, wenige Tage nach dem Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau (29. April 1945) wurde der letzte Abschnitt der neuen Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Dachau durch den bayrischen Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber eröffnet. Damit ist das Projekt der Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte vorläufig abgeschlossen.

Von den ersten Schritten bis dahin hat es neun Jahre gedauert. Für die Neugestaltung der Gedenkstätte hatte ein vom Kultusministerium 1994 einberufener wissenschaftlicher Fachbeirat unter Leitung von Professor Dr. Wolfgang Benz 1995 ein Rahmenkonzept vorgelegt. Über die Ziele der Neugestaltung heißt es darin:

»Die emotionale Wirkung des authentischen Ortes muss über die selbstverständliche Erhaltung und Pflege der historischen Substanz des Geländes und der originalen Gebäude hinaus durch zeitgemäße kognitive Angebote ergänzt werden. Dazu gehören in erster Linie Ausstellungen von Dokumenten, Sachzeugnissen, Kunstwerken, ferner audiovisuelle Medien, die didaktische Begleitung des Besuchers und die Möglichkeit zu individueller und gruppenweiser Vertiefung der Eindrücke«¹.

Der Fachbeirat empfahl darüber hinaus:

- Der Zugang der Besucher müsse künftig von der Westseite durch das Jourhaus (Torhaus und Dienstgebäude der SS, hergeleitet von Jourdienst = Tagesdienst) wie früher die Häftlinge das Lager betraten, ermöglicht werden.
- Die Einbeziehung bisher nicht genutzter Gebäude wie Jourhaus, Bunker (Arrestgebäude), Westflügel des Wirtschaftsgebäudes und der Baracke B.
- Die Unterbringung der neuen historischen Ausstellung im Wirtschaftsgebäude des KZ.
- Den Aufbau einer Kunstaussstellung und eines Sonderausstellungsraums im gleichen Gebäude.
- Teilausstellungen sollten im Jourhaus, Bunker, Krematorium, Baracke B (Thema: Häftlinge), gezeigt und eine Überarbeitung der rekonstruierten Einrichtungen in der Baracke A umgesetzt werden.
- Die Sichtbarmachung des Ortes durch Informationstafeln.
- Den Verzicht auf Rekonstruktionen und Inszenierungen.

Besonderes Gewicht sei zu legen auf »biographische Dokumente und Äußerungen von Zeitzeugen«².

Nach der Bereitstellung der ersten Mittel begann im Herbst 1997 die eigentliche Arbeit. Grundlage der Neugestaltung waren diese Empfehlungen.

An der Ausführung der Neugestaltung waren mehrere Institutionen und Verbände beteiligt: Die Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit (Leiter Dr. Michael Rupp, Fachreferent Dr. Zdenek Zofka), der Ende 1997 die KZ-Gedenkstätte Dachau unterstellt wurde, war zentral verantwortlich für die Neugestaltung. Die KZ-Gedenkstätte Dachau (Leiterin Dr. h.c. Barbara Distel, wissenschaftliche Mitarbeiterin Dr. Gabriele Hammermann) war als eigentliche Auftraggeberin intensiv in die Erarbeitung der Ausstellungen einbezogen. Die baulichen Maßnahmen zur Sanierung, Restaurierung und Sicherung der Gebäude, für die 4,8 Mio. Euro bereitgestellt wurden (zur Hälfte Bundesmittel), führte das Hochbauamt Freising (Leiter Ernst Baumann, Fachreferent



Wolfgang Vogl) durch. Der Entscheidung über die baulichen Maßnahmen, die Präsentation und Nutzung der Gebäude und Räume gingen intensive bauhistorische Untersuchungen voran (ausgeführt durch den Architekturhistoriker Axel Will und den Kirchenmaler und Restaurator Hans Mayrhofer). Sie dokumentierten die historische Substanz und spätere Veränderungen.³

Mit der Konzeption und Erarbeitung der neuen Ausstellungen wurde das Haus der Bayerischen Geschichte in Augsburg (Direktor Prof. Dr. Claus Grimm, Projektleitung: Dr. Manfred Treml bzw. Prof. Grimm und Dr. Ludwig Eiber, wissenschaftliche Mitarbeiter: Dr. Christoph Henzler, Christian Schölzel und Micha Neher, Thomas Felsenstein; Gestaltung: Fritz Armbruster) beauftragt. Für die Ausstellungen wurden schließlich 2,2 Mio. Euro (die Hälfte Bundeszuschuss) bereitgestellt.

Als Gestalter wurde zunächst Johannes Segieth ausgewählt, ein erfahrener Gestalter von Kunst- und kunsthistorischen Ausstellungen. Er hatte schon die erste Ausstellung 1965 eingerichtet und gestaltete die im Januar 2000 eröffnete Teil-Ausstellung im Bunker.

Im Jahr 2001 wurden das Architektenbüro Kleineberg & Partner und das Grafikbüro Hinz & Kunst, beide aus Braunschweig, mit der weiteren Gestaltung beauftragt. Das Team hatte bereits die Neugestaltung der Gedenkstätte Buchenwald ausgeführt.

Der 1998 wieder einberufene wissenschaftliche Fachbeirat (Vorsitz: Prof. Dr. Wolfgang Benz, Mitglieder u.a. die Professoren Karl Filser, Hans Günter Hockerts, Winfried Nerdinger, Chaim Schatzker sowie Dr. Stefanie Endlich, Dr. Detlef Garbe, Dr. Jürgen Zarusky) war für die Begleitung des Projekts um weitere Mitglieder verstärkt worden. Das Internationale Dachau-Komitee (CID) stellte drei Mitglieder des Beirats (Dr. h.c. Max Mannheimer, Albert Theis, Dr. Stanislav Zámečník). Ohne Abstimmung mit dem

Teilansicht des Denkmals
der KZ-Gedenkstätte
Foto: Ludwig Eiber,
Haus der Bayerischen
Geschichte

CID durften entsprechend einem Vertrag mit dem Freistaat Bayern aus dem Jahr 1966 keine Veränderungen in der Gedenkstätte vorgenommen werden.

Die inhaltliche Erarbeitung der Ausstellung erfolgte durch Mitarbeiter des Hauses der Bayerischen Geschichte und der Gedenkstätte sowie durch Dr. Zámečník, der als ehemaliger Häftling, Historiker und Verfasser der ersten wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Dachau-Monographie und Beauftragter des CID eine besondere Rolle einnahm.

Parallel zu den Recherchen für die neuen Ausstellungen erfolgten die bauhistorischen Untersuchungen und erste bauliche Maßnahmen:

■ Nach intensiven Diskussionen verständigte man sich darauf, die neue historische Ausstellung mit Durchgangsrichtung von West nach Ost anzulegen. Damit lag der Eingang dem künftigen Zugang in die Gedenkstätte durch das Jourhaus benachbart und die Besucher konnten dem Weg der Häftlinge bei der Einlieferung folgen.

■ Das Kolloquium »Räume – Medien – Pädagogik«⁴ 1998 diskutierte unter anderem den Umgang mit den US-amerikanischen Wandfassungen und Installationen im Jourhaus, Bunker und Wirtschaftsgebäude im Westflügel.

■ Die bauliche Sanierung des Jourhauses 1999, aus baupolizeilichen Gründen ohne Ausstellung und ohne Zugang für die Besucher, wurde ausgeführt.

■ Nach der baulichen Sanierung des Bunkers (Arrestgebäude) wurde einer Teilausstellung im Bunker⁵ im Januar 2000 eröffnet.

■ Die Errichtung erster Informationstafeln auf dem Gelände geschah zur gleichen Zeit.

Um den Besuchern der Gedenkstätte weiterhin den Zugang zum Filmraum zu ermöglichen und zumindest Teile einer Ausstellung anbieten zu können, wurden die baulichen Maßnahmen in den Räumen der historischen Ausstellung in zwei Abschnitte gegliedert. Mit den Sanierungsarbeiten im Bauabschnitt I (Abteilungen: Vorgeschichte bis KZ Dachau 1939–1942) war im Westflügel bereits 1998/99 begonnen worden. Die notwendig gewordene komplizierte Abnahme der mit DDT kontaminierten Wandfassungen der Nachkriegszeit im Westflügel des Wirtschaftsgebäudes hielt den Fortgang der Arbeiten auf. Die intensiven und zum Teil sehr kontroversen Diskussionen im Beirat über das von den Bearbeitern vorgelegte Drehbuch sowie der Wechsel des Ausstellungsgestalters im Jahr 2001 führten zu weiteren Verzögerungen.

Die neue Dauerausstellung wurde in zwei Abschnitten eröffnet:

■ Im Mai 2002 konnte der erste Bauabschnitt abgeschlossen und die neue historische Ausstellung mit den Themen: Eingangsraum, Vorgeschichte, Errichtung KZ Dachau 1933, Häftlinge 1933–1939, SS 1933–1939, KZ Dachau 1939–1942) eröffnet werden. Schubraum und Häftlingsbad erhielten als historisch bedeutsame Räume eine eigene ortsbezogene Ausstellung.

■ Im Mai 2003 folgte die abschließende Eröffnung der Dauerausstellung mit den Themen KZ Dachau 1942–1945, Häftlinge 1942–1945, Außenlager und Außenkommandos, Medizinische Versuche – Mord – Widerstand, Befreiung, Nachkriegsgeschichte. Hinzu kamen der neu gestalteter Raum für die Objekte des Gedenkens, ein Sonderausstellungsraum und die Teilausstellung im Krematorium.

■ Auf dem Gelände wurden zeitgleich weitere Informationstafeln an insgesamt 19 Standorten angebracht.

Mit einem Katalog, der sich in Vorbereitung befindet, wird das Projekt der Neugestaltung abgeschlossen werden.



Konzeptionelle Grundüberlegungen

Bei Errichtung der Gedenkstätte in den 60er Jahren hatten die ästhetische Neubestimmung des Ortes als Stätte des religiösen Gedenkens und der Trauer im Vordergrund gestanden. Die Information beschränkte sich auf den Bereich des Museums. Heute stehen die Erforschung, Spurensuche, Freilegung und Präsentation der historischen Substanz, d.h. das Bewahren und Sichtbarmachen im Zentrum. Dies gilt insbesondere für die erhaltenen historisch bedeutsamen Gebäude des ehemaligen Konzentrationslagers wie Jourhaus, Wachtürme, Wirtschaftsgebäude, Bunker und Krematorium. Der historische Ort besitzt die Priorität. Das gilt auch für Gebäude wie Desinfektion, Gärtnerei und Ereignisorte wie Straf- und Exekutionsstätten, von denen keine Relikte mehr Zeugnis geben; ebenso für Stätten wie Appellplatz oder Lagerstraße. Zentrales Kriterium für die Bewertung eines historischen Ortes ist seine Bedeutung für die Häftlinge, d.h. wie sehr er mit ihrem Leben und Leiden im Lager verbunden ist. Aber auch die in der fünfzigjährigen Geschichte des Gedenkens gewachsenen Traditionen waren zu beachten. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Überreste des ehemaligen Konzentrationslagers auch für künftige Generationen erhalten bleiben müssen, d.h. nicht »verbraucht« werden dürfen.

Eine Aufgabe war es, wissenschaftlich abgesicherte Ausstellungen zu schaffen, eine andere, an diesem Ort des Terrors diese dokumentierenden Ausstellungen in historische Räume zu integrieren. Im Gegensatz zu Museen abseits des historischen Ortes oder bei Museumsneubauten am historischen Ort war es hier nur begrenzt möglich mit einem geschlossenen Konzept zu arbeiten. Die unzureichende Aufarbeitung der Geschichte des Ortes und überraschende Ergebnisse der bauhistorischen Untersuchungen erzwangen immer wieder Änderungen. Dieser Prozess der Spurensuche und Entdeckung des historischen Ortes ist bis heute noch nicht abgeschlossen.

Historische Ausstellung:
Abteilung 3, Errichtung
des KZ Dachau, das
linke Großfoto zeigt
wartende neu
eintreffende Häftlinge,
Mai 1933, das rechte
die Titelseite der
»Münchener Illustrierten
Presse«, Juli 1933,
Appell stehenden
Häftlingen des KZ
Dachau
Foto: Harald Frey,
Haus der Bayerischen
Geschichte



Historische Ausstellung:
Abteilung 9,
Häftlinge 1942–1945

Praxis der Neugestaltung

Als Leitlinien bei der Durchführung der Neugestaltung galten:

- die Bestandsaufnahme über den historischen Ort: Was hat sich hier ereignet? Was ist noch erhalten, was findet sich noch unter der Erde (Grabungen), was von den sichtbaren Bauten, Räumen, Einrichtungen stammt aus der Zeit des Konzentrationslagers, was wurde verändert, was ist nach 1945 neu errichtet bzw. eingefügt worden?
- das Bewahren der historischen Orte (Krematorium, Bunker etc.) und die Sicherung von Spuren
- das Sichtbarmachen des historischen Ortes dort, wo er durch spätere Maßnahmen verändert wurde (Freilegung vermauerter Türen oder Böden etc.), Abnahme von Übermalungen)
- der Verzicht auf Veränderungen an der historischen Substanz
- sorgfältige Überlegungen, wie Gebäude und Räume zu präsentieren sind
- die Dokumentation der Veränderungen
- die Erläuterung wichtiger Orte auf dem Gelände durch Informationstafeln
- der »Weg der Häftlinge« als Leitlinie für den Weg der Besucher und für die Abfolge der Ausstellung: Zugang über das Jourhaus – Appellplatz – Wirtschaftsgebäude (Westflügel-Schubraum-Häftlingsbad-Häftlingsküche-Wäscherei) – Bunker – Lagerstraße – Krematorium – religiöse Gedenkstätten bzw. Mahnmal
- der Verzicht auf Rekonstruktionen und Inszenierungen
- die Häftlingsbiografien als wichtiges Element der Ausstellung
- die Ausstellungstexte sollen weitgehend zweisprachig – deutsch und englisch – sein, über einen Audioguide und fremdsprachige Kurzführer wird ein Zugang in weiteren Sprachen angeboten werden (dies gilt auch für Ton- und PC-Stationen).



Die Neugestaltung konzentrierte sich auf zwei Bereiche:

- Die Präsentation des historischen Ortes: Die Gebäude, Räume, Stätten des ehemaligen Konzentrationslagers sind die Hauptexponate der Neugestaltung. Ortsbezogene Teilausstellungen finden sich im Bunker, im Krematorium, im Schubraum und im Häftlingsbad, Rauminformationen gibt es in allen historischen Räumen, Informationstafeln erläutern Gebäude und Stätten im Außenbereich.

- Die neue historische Ausstellung: sie erzählt die Geschichte des Konzentrationslagers und vor allem seiner Gefangenen. Sie umfasst insgesamt 132 Themen mit über 1 300 Exponaten auf etwa 2 500 Quadratmetern.

Zu den oben erwähnten Themen kommen hinzu: Ein Raum zur Topografie mit einem neuen Lagermodell. Audiovisuelle Stationen wie PC-Station Vorgeschichte, PC-Station Außenlager mit ausführlichen Informationen zu den Außenlagern und Außenkommandos des KZ Dachau, Videostationen mit Häftlingsberichten (Videostation »Einlieferung«, Videostation »Häftlinge 1942–1945«), PC-Stationen mit Bildern und Filmsequenzen aus der Zeit der Befreiung, Tonstationen mit Häftlingsberichten und zur Musik im Lager, Leseplatte (u.a. zu Presseberichterstattung, Besichtigungen, Gedichte von Häftlingen).

Als Ausstellungsträger hatten die Braunschweiger Gestalter ein System von Rahmen aus T-Profilen mit Ausstellungstafeln sowie »Fahnen« konzipiert. Im Bereich der Krematorien werden die Besucher durch Informationstafeln mit Plänen, historischen Aufnahmen und Erläuterungen über die Geschichte des Ortes informiert. Im Gebäude des Großen Krematoriums (»Baracke X«) – angelegt für den Massenmord mit Gaskammer – finden sich nur Hinweise auf die Funktion der Räume und speziell der Gaskammer, die allerdings entgegen bisherigen Annahmen doch in einigen wenigen Fällen, zur Tötung einer kleinen Zahl von Gefangenen, genutzt zu worden sein scheint.

Historische Ausstellung:
Abteilung 12, Befreiung
Fotos: Ludwig Eiber/
Haus der Bayerischen
Geschichte



Historische Ausstellung:
Blick in Abteilung 4,
Häftlinge 1933–1939

Die Informationstafeln im Außenbereich zeigen historische Aufnahmen und Pläne. Sie weisen auf die Funktion von Gebäuden (Wirtschaftsgebäude, Jourhaus, Bunker, Baracken, Revier, Gärtnerei etc.) hin, erläutern was an bestimmten Stätten (Appellplatz, Lagerstraße, Bunkerhof) geschehen ist oder erläutern den Aufbau der Lagerbegrenzung.

Änderungen durch die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte

Folgende Änderungen sind besonders hervorzuheben:

- Die Grundorientierung der gesamten Darstellung am historischen Ort.
- Der »Weg der Häftlinge« besitzt im Rahmen der Neugestaltung mehrfache Bedeutung: Die Besucher werden die Gedenkstätte auf dem Weg betreten, den früher die Häftlinge bei der Einlieferung in das Schutzhaftlager nahmen. Die Stationen der Einlieferungsprozedur im Schubraum und im Häftlingsbad werden im Gebäude dokumentiert.

»Weg der Häftlinge« bedeutet, dass der historische Ort, seine Funktion und Bedeutung für die Häftlinge als zentrales Element der Bewertung gewählt werden (Schubraum, Häftlingsbad). Die historischen Orte sind die noch erhaltenen Gebäude (Jourhaus, Wachtürme, Wirtschaftsgebäude, Bunker, Krematorien) sowie Stätten, an denen sich die Abläufe im Lager kristallisierten und verdichteten wie z.B. der Appellplatz, der Bunkerhof, das Krematoriumsgelände. Sie stehen im Zentrum der Neugestaltung. Die historische Ausstellung über die Geschichte des KZ Dachau hat demgegenüber unterstützende Funktion. Sie soll den Zusammenhang dieser historischen Überreste zeigen.

»Weg der Häftlinge« heißt aber auch »Schicksal« der Häftlinge: Ihr Weg in das Lager, ihr Leben im Lager, ihr Leiden, ihr Weg in den Tod oder in die Befreiung. Das Leben der Häftlinge steht im Zentrum der Ausstellung.



In der Ausstellung sind folgende Neuerungen besonders zu beachten:

- Die klare Gliederung in Zeitabschnitte entsprechend den wechselnden Verhältnissen im KZ Dachau (1933, 1934–1939, 1939–1942, 1942–1945)
- Abteilungen und Einzelthemen werden durch kurze Überblickstexte eingeleitet
- Eine ausführliche Dokumentation zur Vorgeschichte, ergänzt um sechs PC-Stationen mit ergänzenden Materialien, unter der Fragestellung: Wie konnte es zur nationalsozialistischen Diktatur kommen?
- Die differenzierte Darstellung der verschiedenen Häftlingsgruppen:

Den bis 1939 dominierenden deutschen politischen (1933–1937) und jüdischen (1938–1939) Häftlingen, als auch den kleineren Gruppen wie Zeugen Jehovas, Emigranten, Homosexuelle, Vorbeugungshäftlinge, sogenannte Arbeitsscheue etc. werden eigene Themen gewidmet.

Ebenso den verschiedenen nationalen Gruppen angefangen von den österreichischen über die tschechischen, polnischen, sowjetischen und jugoslawischen bis hin zu den holländischen, belgischen, luxemburgischen, französischen und italienischen Häftlingen.

■ Ein neues Lagermodell, das den Gesamtbereich des Konzentrationslagers Dachau umfasst, ergänzt durch Lagepläne der Pulver- und Munitionsfabrik Dachau 1916 und des KZs 1933, 1938, 1944 sowie einer Luftaufnahme vom 20. April 1945 wird im ehemaligen Büroraum der Häftlingsküche mit Blick auf die Lagerstraße präsentiert.

■ SS-Fotomaterial wird als solches gekennzeichnet. Eigene Themen befassen sich mit der NS-Berichterstattung über das Lager.

■ Häftlingsberichte erhalten eine zentrale Position. Vor allem in ihnen ist das Geschehen im KZ Dachau festgehalten.

Ehemaliges Häftlingsbad: Links der Bereich der Umkleibänke, jetzt: Abteilung 6 (Lebensbedingungen im Lager 1933–1939) rechts: der Bereich der Duschen mit Ausstellung zur Geschichte des Häftlingsbads
Fotos: Harald Frey, Haus der Bayerischen Geschichte



Informationstafel
Krematoriumsgebäude
Foto: Ludwig Eiber,
Haus der Bayerischen
Geschichte

■ Häftlingszeichnungen werden als dokumentierendes Bildmaterial eingesetzt. Sie zeigen miterlebte Ereignisse wie Ausführung der Prügelstrafe oder des Pfahlhängens, Porträts von Personen etc. Es sind auf Papier visualisierte Erinnerungen, oft in dokumentarischer Absicht geschaffen.

■ Der verstärkte Einsatz audiovisueller Medien.

■ Eine stärker argumentative Ausrichtung der inhaltlichen Darstellung. Die emotionale Ansprache wird zurückgenommen.

PD Dr. Ludwig Eiber hat als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hauses der Bayerischen Geschichte und Projektleiter maßgeblich an der Erarbeitung der neuen Ausstellungen in der KZ-Gedenkstätte Dachau mitgearbeitet.

Ein die Neugestaltung prägender Vorschlag des Beirats konnte allerdings noch nicht umgesetzt werden: Der Zugang in die Gedenkstätte von der Westseite und durch das Jourhaus. Da die Neugestaltung der Historischen Ausstellung auf diesen Zugang ausgerichtet wurde, bereitet die jetzige Situation den Besuchern beträchtliche Orientierungsprobleme. Die Stadt Dachau sah sich, nach ersten Anzeichen von Anliegerprotesten gegen die zunächst geplante neue Zufahrt von der Westseite her, in fünf Jahren nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen. Dass Ministerpräsident Stoiber in seiner Eröffnungsrede auf diesen Umstand hinwies und die Stadt Dachau nachdrücklich aufforderte, das Problem zu lösen, mag Hoffnung geben.

1 KZ-Gedenkstätte Dachau. Empfehlungen für eine Neukonzeption, vorgelegt vom wissenschaftlichen Fachbeirat, München 23. 5. 1996, S. 2.

2 Ebd., S. 10.

3 Axel Will, Bauhistorische Untersuchung von Gebäuden in der KZ-Gedenkstätte in Dachau, in: Räume – Medien – Pädagogik. Kolloquium zur Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Dachau, hrsg. v. Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg 1999 (Materialien zur Bayerischen Geschichte und Kultur 6.)

4 Diskussionen und Materialien sind wiedergegeben in: Räume – Medien – Pädagogik, vgl. Anm. 2.

5 Vgl. Gedenkstätten-Rundbrief Nr. 95, Juni 2000.

»Die Stadt und das Lager. Oranienburg und das KZ Sachsenhausen«

DAS AUSSTELLUNGSPROJEKT – EIN ZWISCHENBERICHT

Andrea Riedle

Mit der Präsentation einer Ausstellung in einem ehemaligen Wachturm des Konzentrationslagers Sachsenhausen soll das Thema der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen der Stadt Oranienburg und dem Konzentrationslager erstmals einem weiten Kreis von Besuchern nahe gebracht werden. Damit soll ein Beitrag zu der Frage geleistet werden, welches Wissen die Anwohner über das Konzentrationslager hatten und inwiefern sie an den dort begangenen Verbrechen beteiligt waren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass lange Zeit vor allem gegen die Behauptung angegangen werden musste, die Anwohner hätten von den Geschehnissen im Lager nichts gewusst. Demgegenüber gehen heute insbesondere Jugendliche aufgrund ihrer Erfahrungen in der Informationsgesellschaft davon aus, die Anwohner hätten vollen Anteil an dem Geschehen im KZ nehmen können. In der Ausstellung soll daher das gesamte Spektrum von Verhaltens- und Handlungsweisen der Oranienburger – zwischen den Extremen der Hilfsmaßnahmen gegenüber den Häftlingen und Verstrickungen einzelner in die Verbrechen der SS – aufgezeigt werden. Eine differenzierte Darstellung soll dazu beitragen, der Bildung von Pauschalurteilen entgegen zu wirken. Obwohl die Ausstellung die Frage nach dem Wissen und der Mitverantwortung nicht abschließend wird klären können, soll sie zu einer Auseinandersetzung darüber anregen, welche Handlungsspielräume in der nationalsozialistischen Diktatur bestanden und wie sie genutzt werden konnten. Insbesondere den jungen Besuchern soll dadurch die Funktionsweise der nationalsozialistischen Diktatur verständlich gemacht werden. Im folgenden wird auf den Forschungsstand sowie auf die Quellenlage und die zur Verfügung stehenden Exponate eingegangen, einige Forschungsergebnisse präsentiert sowie das »Ausstellungs«- und Gestaltungskonzept vorgestellt.

Forschungsstand und Quellenlage

Das Forschungs- und Ausstellungsprojekt »Die Stadt und das Lager. Oranienburg und das KZ Sachsenhausen« begann Ende des Jahres 2000 im Rahmen der Umsetzung des »dezentralen Konzepts«. Damit verfolgt die Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen seit 1993 das langfristige Ziel, anstelle einer großen zentralen Ausstellung mehrere kleine Dauerausstellungen zu verschiedenen Aspekten der Lagergeschichte zu realisieren. Die Ausstellungen sollen dabei möglichst in den noch vorhandenen, authentischen Gebäuden präsentiert werden und zu ihnen in einem thematischen Bezug stehen.

Zum Thema des Verhältnisses zwischen Stadt und Konzentrationslager gab es zu Beginn des Projekts noch keinerlei Forschung. Zur DDR-Zeit hatte die Forschung in der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen nur einen marginalen Stellenwert und beschränkte sich auf die Aufarbeitung der Geschichte des antifaschistischen Widerstands im Lager. Die wechselseitigen Beziehungen von Stadt und Lager spielten dabei keine Rolle und wurden sogar tabuisiert. Nach der Wende standen in den Ausstellungen

der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen das Schicksal von verschiedenen Opfergruppen im Vordergrund. Mit dem Ausstellungsprojekt über die Beziehungen zwischen Stadt und Lager tritt nun erstmals in einer KZ-Gedenkstätte das Umfeld, mit seinen von Gegnern über Zuschauern und Mitläufern bis zu Mittätern reichenden Spannungsfeld, in den Fokus.

Anregungen für die Rechercharbeiten erhofften sich die Forscher von Studien zu anderen Konzentrationslagern. So erschien 1993 eine Untersuchung zu Dachau von Sybille Steinbacher und 1999 eine Forschungsarbeit mit dem Titel »Nachbar Buchenwald« von Jens Schley¹. Beide konnten ihre Arbeiten auf einem umfangreich überlieferten Bestand von Schriftquellen aus den jeweiligen Stadt-, Bezirks- und Landesarchiven aufbauen.

Steinbacher und Schley kommen in ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die SS in den Augen der Bevölkerung der Garant für die »Volksgemeinschaft« war, die nur funktionieren konnte, wenn Gegner unnachgiebig verfolgt und vernichtet wurden. Der damit verbundene Bruch mit dem nach wie vor gültigen ethischen und moralischen Wertekanon der Bevölkerung wurde als »notwendiges Übel« verdrängt.² Dies führte nach Steinbacher zur politischen Indifferenz bei einem großen Teil der Gesellschaft und dem Rückzug in schweigende Privatheit, bedingt auch durch die Angst vor dem Terror der SS.³ Schley betont zudem, dass das Wissen der Weimarer Bürger um die Verbrechen durch private Kontakte zu SS-Männern, die sie als »ganz gewöhnliche, nette Menschen« kennen lernten, verdrängt wurde. Erst als sich mit der Veränderung der Häftlingsgesellschaft und -zahlen in Buchenwald ab 1942/43 und dem zunehmenden Arbeitseinsatz von Häftlingen in Weimar die Grenzen zwischen Stadt und Lager verwischten, war die Bevölkerung gezwungen, die Strategie des Wegsehens aufzugeben und Entscheidungen bezüglich ihres Verhaltens zu treffen und zu verantworten.⁴ Systemoppositionelle Handlungen wurden jedoch dadurch weder in Weimar noch in Dachau ausgelöst.

Im Laufe der Forschungsarbeiten zum Verhältnis von Oranienburg und dem KZ Sachsenhausen stellte sich heraus, dass hier – anders als in Weimar und Dachau – nur wenig Quellenmaterial zum Thema existiert. Recherchiert wurde insbesondere zu den Themenbereichen »Das Lager und seine Grenzen«, »Die Präsentation der SS in der Stadt«, »Das Zusammenleben mit der SS«, »Die Ankunft der Gefangenen und ihre Wege ins Lager«, »Wirtschaftliche Beziehungen«, »Arbeitseinsätze von Häftlingen in der Stadt«, »Der Tod von Häftlingen und die Bevölkerung«, »Beziehungen zwischen Stadtverwaltung und Lager«, »Die Bekennende Kirche und das Lager« und »Stadt und Lager nach der Befreiung«. Dabei stellte sich vor allem das Stadtarchiv als große Enttäuschung heraus. In diesem und anderen Archiven konnten zumeist lediglich einzelne Dokumente gefunden werden. Um den Mangel an historischem Material auszugleichen und um mehr über das Wissen der Bevölkerung um die Vorgänge im Lager sowie ihr Verhalten erfahren zu können, wurden ergänzend über 30 Oranienburger Zeitzeugen befragt. Neben zahlreichen persönlichen Geschichten konnten auf diese Weise auch einige potentielle Exponate für die Ausstellung recherchiert werden. Dazu gehört z.B. das Holzspielzeug »Die Troika«, das eine Oranienburgerin von Häftlingen für ihren 11-jährigen Sohn erhielt. Diese bedankten sich damit für das Brot, das die Frau ihnen täglich auf ihrem Weg durch die Stadt zur »Arbeitsstelle« zugesteckt hatte. Außerdem konnte ein von einem französischen Häftling aus Flugzeuglack gemaltes Landschaftsgemälde



Turm E, 1998
Foto: Horst Seferens,
Gedenkstätte
und Museum Sachsen-
hausen

ausfindig gemacht werden, das er in den Heinkelwerken einem Zivilarbeiter als Dank für Lebensmittel übergeben hatte.

Diese Beispiele weisen bereits auf die Problematik der recherchierten Exponate hin: es handelt sich hauptsächlich um Gegenstände, die Oranienburger von Häftlingen als Dank oder Tausch für Lebensmittel erhalten haben, jedoch kaum um Exponate, mit denen sich Aussagen zu einem »negativen« Verhalten gegenüber Häftlingen treffen ließen. Das meiste historische Material wurde bereits während des Kriegs durch Bomben zerstört, von den Oranienburgern beim Vormarsch der sowjetischen Truppen aus Angst vernichtet, im Laufe der Jahre weggeworfen oder wird nach wie vor zurückgehalten. Aufgrund des Verbots in der NS-Zeit, das KZ Sachsenhausen oder die Häftlinge zu fotografieren, konnten auch keine entsprechende Fotos recherchiert werden. Anders stellt sich die Situation mit Fotos dar, auf denen SS-Männer abgebildet sind. So konnten beispielsweise Fotos ausfindig gemacht werden, auf denen ein Handballspiel zwischen der Heinkel-Betriebsmannschaft und der SS-Sportgemeinschaft festgehalten sind.

Aufgrund der schwierigen Quellen- und Exponatlage wurde die Frage nach der Realisierungsmöglichkeit einer Ausstellung in der Stiftung lange Zeit vorwiegend skeptisch diskutiert. Mit der Erforschung des Verhältnisses zwischen der Bekenntenden Gemeinde in Sachsenhausen und dem Konzentrationslager verbesserte sich jedoch deutlich die Quellensituation. Kurt Scharf, Pfarrer in Sachsenhausen von 1933 bis 1945 und Bischof von Berlin-Brandenburg von 1966 bis 1976, berichtete in einem Vortrag vor Studenten der Technischen Universität Berlin 1979 und in einem Interview von 1989 ausführlich über die Kenntnisse der Bevölkerung um die Vorgänge im Lager, das Verhalten der Bekenntnis-Gemeinde und seine persönlichen Bemühungen um Seelsorge und Besuchserlaubnis im KZ. Die Originalkorrespondenz zwischen Kurt Scharf und den damaligen KZ-Kommandanten sowie ausführliches Hintergrundmaterial zum Kirchenkampf konnte im Sachsenhausener Pfarrarchiv ausfindig gemacht werden. Insbesondere das Tonmaterial inspirierte die Gedenkstätte zu der Idee, das Thema als »dokumentarisches Hörspiel« umzusetzen.

Einige Forschungsergebnisse

■ Das »Wissen« der Bevölkerung

Im Laufe der Forschungsarbeiten wurde deutlich, dass die Bevölkerung über einige Vorgänge im Lager relativ gut Bescheid wusste, jedoch keine genauen Vorstellungen beispielsweise über die Anzahl der inhaftierten Häftlinge oder die Ausmaße der Vernichtungsaktionen hatte.

Zunächst ist jedoch festzustellen, dass die Bemühungen der SS darauf ausgerichtet waren, das Konzentrationslager möglichst von der Bevölkerung abzuschirmen. So wurde als Standort ein vom Wald umgebenes Gelände am Rande der Stadt ausgewählt. Der Aufbau dieses ersten an einem Reißbrett konzipierten KZ, das als Modell für künftige Lager dienen sollte, erfolgte ab Juli 1936, jedoch ohne baupolizeiliche Genehmigung der Stadt Oranienburg. Die Inspektion der Konzentrationslager (IKL), die 1938 ebenfalls nach Oranienburg umzog, weigerte sich über Jahre hinweg, die Lagepläne an die Stadtverwaltung zu übermitteln. Der Leiter der Inspektion, Theodor Eicke, begründete dies damit, dass die Stadt nicht zuständig und die Pläne »geheim« seien.⁵ Dementsprechend war über das Lager bis 1945 von offizieller Seite fast nichts zu erfahren: weder erwähnte die Presse die Errichtung des Lagers, noch erfolgte jemals eine Berichterstattung über das KZ und seiner Insassen. Mit dieser Strategie waren die Nationalsozialisten vollkommen von der anfangs verfolgten Taktik abgerückt, Konzentrationslager propagandistisch zu begründen, wie dies beispielsweise noch bei der Einrichtung des KZ Oranienburg 1933 der Fall gewesen war.

Anfangs konnte das Lager allerdings noch eingesehen werden. Dies änderte sich 1937/38, als KZ-Gefangene Mauern um das Lager errichteten. Die SS ließ zudem Warnschilder entlang der Lagermauern aufstellen und verbot das Stehenbleiben auf den umliegenden Wegen. Das Lager wurde durch Wachposten auf den Wachtürmen und Kontrollposten auf der Lagerstraße scharf kontrolliert.

Die gewünschte Abschirmung des Lagers funktionierte jedoch nicht in der Jägerstraße (heutige Straße der Nationen, an deren Ende sich der Eingang zur Gedenkstätte befindet), wo unmittelbare Anwohner von den ersten Stockwerken ihrer Häuser bis zum Appellplatz des Häftlingslagers schauen konnten. Die SS verbot den Anwohnern zwar den Blick aus dem Fenster und forderte diese 1938/39 zu einem Umzug auf, ihre Bemühungen scheiterten jedoch weitgehend.⁶

Einblicke in das Innere des Lagers wurden vor allem auch durch wirtschaftliche Beziehungen ermöglicht, die für das Funktionieren des Lagers unabdingbar waren. So berichteten beispielsweise Handwerker, die Arbeiten im Lager erledigten, und Kaufleute, die Waren an die SS lieferten, im Kreis der Bekennenden Gemeinde in Sachsenhausen, wie die Häftlinge im KZ gefoltert wurden, wie sie stundenlang Appell stehen mussten oder von Gefangenen, die in den elektrisch geladenen Zaun gelaufen waren, um Selbstmord zu begehen.⁷ Auch die beiden im Ort ansässigen Druckereien bekamen durch ihre Arbeit einen Eindruck von den Verhältnissen im Lager. So fertigte die Druckerei Möller für die SS eine Reihe von Drucksachen wie Strafverfügungen, Lagerpostkarten oder Prämienscheine, die Druckerei Eymer verfielfältigte die »Datenblätter zur Todesmeldung für das Standesamt und den KZ-Gebrauch«.

Es wurde aber auch außerhalb des Lagers immer wieder deutlich, dass Häftlinge schwer mißhandelt wurden. Eine ehemalige Friedrichsthalerin erinnert sich: »Damals haben wir einiges mitbekommen, was in Sachsenhausen mit den Häftlingen passiert ist.



Handballspiel der SS-Mannschaft gegen die Heinkel-Betriebsmannschaft auf dem Sportplatz hinter dem Oranienburger Schloss, 40er Jahre
Foto: Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Wenn wir mit dem Fahrrad nach Oranienburg gefahren sind, mussten wir oft in Sachsenhausen an der Bahnschranke anhalten und warten. Dort standen die Züge mit den Häftlingen, die aus den Waggons gejagt wurden. Am schlimmsten war es, wenn sie die Hunde hineingeschickt haben. Die SS-Soldaten rissen die Zugtüren auf, und dann hörte man nur noch die Menschen schreien. Es war so schrecklich mit anzusehen, aber man war ja machtlos [...]. Die Häftlinge sprangen aus den Waggons oder fielen auf dem Bahndamm; die zu schwach waren, wurden von ihren Kameraden mitgeschleift. Die SS kannte kein Mitleid. Man schlug und trat auf die Leute ein; sie haben nicht gewagt, sich zu wehren.«⁸

Auch das 1940 eingerichtete Krematorium im Konzentrationslager blieb infolge der Rauch- und Geruchsentwicklung nicht verborgen: »Unter anderem wussten wir genau, wenn man die Menschen verbrannt hat, dann lag immer ein süßlicher Geruch in der Luft«⁹, erinnert sich eine Zeitzeugin. Insbesondere im Herbst 1941, als innerhalb weniger Wochen mehr als 12 000 sowjetische Kriegsgefangene im KZ Sachsenhausen ermordet wurden, liefen die Krematoriumsöfen den ganzen Tag. Das Schicksal dieser Menschen sprach sich in Oranienburg schnell herum. Bei einer eigens einberufenen Versammlung für die SS-Leute des Lagers ordnete der damalige Kommandant Hans Loritz daher an, gegenüber der Bevölkerung die Vernichtung von sowjetischen Häftlingen zu dementieren.¹⁰ Das Verhältnis zwischen SS und der Bevölkerung wurde daraufhin nach Erinnerung von Kurt Scharf zunehmend distanzierter.¹¹

Obwohl die SS Folter und insbesondere Mord hauptsächlich hinter den schützenden Lagermauern betrieb, kam es auch vereinzelt vor, dass Häftlinge unmittelbar vor den Augen der Bevölkerung ermordet wurden. Ein Fall ist durch die Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht in Berlin besonders gut dokumentiert. So brach der Häftling Wilhelm Halter am 10. November 1939 aus seiner Kolonne auf dem morgendlichen Weg zum Klinkerwerk aus, rannte in den angrenzenden Wald und drang durch ein Fenster in das Gasthaus der Oranienburger Schützengilde ein. Dort wurde er im Beisein der Wirtin von einem SS-Wachmann erschossen.¹² Auch der als »Eiserne Gustav« berüchtigte SS-Hauptscharführer Gustav Sorge tötete nach einer Zeugenaussage aus dem Jahr 1958 im Herbst 1941 vor dem Oranienburger Schloss

einen polnischen Häftling mit seiner Schusswaffe. Der Leichnam soll den ganzen Tag in aller Öffentlichkeit am Rande des Bürgersteigs gelegen haben.¹³ Im April 1945 wurden die Verbrechen der SS schließlich ganz offenkundig, als SS-Männer während der Evakuierung des Lagers und auf dem Todesmarsch zur Ostsee zahlreiche geschwächte Häftlinge ohne jegliche Rücksichtnahme auf die Bevölkerung einfach erschoss.

■ Verhaltensweisen und Handlungsstrategien

Neben der versuchten strikten Trennung der beiden Bereiche von Stadt und Lager durch die SS gab es, wie bereits gezeigt, auch eine Vielzahl von Berührungspunkten oder gar Durchdringungen beider Sphären. Diese ermöglichten Einblicke in die Welt des Lagers und provozierten Entscheidungen bezüglich des eigenen Handelns. Die Handlungsstrategien der Oranienburger reichte von Hilfeleistungen über das Wegschauen bis zur Mittäterschaft. Wie in Weimar oder Dachau blieben jedoch aktive Widerstandsmaßnahmen gegen die Vorgänge im KZ aus.

Entscheidungen bezüglich des Verhaltens mussten beispielsweise bei der Ankunft der Gefangenen an den Bahnhöfen Oranienburg und Sachsenhausen getroffen werden. Es lässt sich feststellen, dass sich die Bevölkerung in den meisten Fällen eher passiv verhielt und den Blick abwendete. Es kam jedoch vor, dass Kinder hinter den Gefangenen herliefen und sie bespuckten.¹⁴ In einem Fall ist sogar bekannt, dass sich Teile der Bevölkerung aktiv an den Misshandlungen der SS beteiligte. Als am 13. September 1939 ein Transport mit Berliner Juden polnischer Abstammung in Oranienburg ankam, herrschte eine aufgebrachte Stimmung in der Stadt. Die Nationalsozialisten hatten verbreitet, dass es sich bei den Gefangenen um polnische Juden handeln würden, die in Bromberg Deutsche umgebracht hätten. Unter den ankommenden Berlinern befand sich auch Leon Szalet, der sich an die Ankunft am Bahnhof und den Weg durch die Stadt zum Lager erinnert: »Eine lüsterne Menschenmasse beiderlei Geschlechts stand am Fuß der Treppe. [...] Alte und Junge, Männer und Frauenstimmen verbanden sich mit zu einem grauenhaften, blutrünstigen Chor: 'Tötet die Bromberger Mörder! [...]'. Aber es blieb nicht nur beim Schreien und Johlen. Steine, Holzstücke, Nägel und Straßenkot wurden nach uns geworfen. [...] Wer gefallen war, blieb liegen, bis ihm die Stiefel eines SS-Mannes wieder auf die Beine halfen, oder er ein Toter Mann war.«¹⁵

Insbesondere Mitarbeiter der Stadtverwaltung waren in die Verbrechen im Lager involviert. Die Standesbeamten in Oranienburg registrierten nicht nur über mehrere Jahre die Toten des Lagers, sondern bildeten zudem vom Juli bis September 1942 zwei SS-Männer in Standesamtsangelegenheiten aus.¹⁶ Damit ermöglichten sie der SS die Einrichtung eines KZ-eigenen Standesamts im Oktober 1942, mit dessen Hilfe die stark ansteigenden Todeszahlen im Lager besser verheimlicht werden sollten. Weiterhin waren Ärzte des Kreiskrankenhauses in Oranienburg an Verbrechen beteiligt, indem sie auf Beschluss von Erbgesundheitsgerichten Sterilisationen an KZ-Häftlingen vornahmen.¹⁷

Gleichzeitig waren aber auch nach wie vor traditionelle christliche Wertevorstellungen in der Bevölkerung weit verbreitet. Dies zeigte sich beispielsweise darin, dass Oranienburgerinnen für die KZ-Gefangenen, die teilweise durch die ganze Stadt marschieren mussten, um zu ihren »Arbeitsstellen« zu gelangen, Lebensmittel auf den Wegesrand legten oder ihnen direkt Brote zusteckten. Obwohl die SS in den Rüstungsbetrieben darauf achtete, die Häftlinge strengstens von den Zivilarbeitern abzusondern, kam es immer wieder zu heimlichen Gesprächen, Lebensmittelgeschenken oder Tauschgeschäften.

Von kirchlicher Seite bemühte sich Kurt Scharf bereits im Oktober 1936 vergeblich um eine seelsorgerische Tätigkeit im Konzentrationslager Sachsenhausen. Zudem versuchte er in den folgenden Monaten, Sprecherlaubnis bei Gefangenen zu erhalten, die als Mitglieder der Bekenntenden Kirche inhaftiert waren. Einmal hatte Scharf mit seinen Bemühungen Erfolg: er erhielt 1938 vom damaligen KZ-Kommandanten Hans Helwig die Erlaubnis, den prominenten Pfarrer Martin Niemöller, der als persönlicher Gefangener Hitlers im Zellenbau des Lagers inhaftiert war, am Karfreitag zu besuchen und ihm das Abendmahl zu reichen. Die Gestapo verstand jedoch die Lesung eines anspielungsreichen Psalmentextes als Provokation, brachte ihn kurz darauf zum Verhör nach Berlin und untersagte ihm weitere Besuche.¹⁸

Die Bekenntnisgemeinde nahm die Häftlinge des KZ Sachsenhausen auch in ihre Gebete auf und hielt von März 1938 bis Ende 1940 Fürbitteandachten für die Häftlinge. Das jeweils anschließende Glockengeläut erreichte offenbar die Adressaten und fand Eingang in einen Liedtext mit der Überschrift »Dorfglocken«, der durch das Sachsenhausen-Liederbuch überliefert ist.¹⁹

Das Ausstellungs- und Gestaltungskonzept

Das Projekt »Die Stadt und das Lager. Oranienburg und das KZ Sachsenhausen« soll im Turm »E« (oder »Nordturm«) realisiert werden, da von hier der Blick über die früheren Lagergrenzen hinweg in die unmittelbare Nachbarschaft und die nähere Umgebung reicht, bis hin zum Bahnhof Sachsenhausen, wo die meisten Häftlinge ankamen. Mit der Umsetzung der Ausstellung wird erstmals einer von den elf noch erhaltenen Wachtürmen öffentlich zugänglich gemacht und der nördliche Bereich der Gedenkstätte, der bereits mit der Eröffnung des Museums zum Sowjetischen Speziallager Nr. 1/7 in unmittelbarer Nähe eine starke Betonung erhielt, eine weitere Aufwertung erfahren.

Das dezentrale Ausstellungskonzept der Gedenkstätte bietet sich dafür an, die verschiedenen Themen auf unterschiedliche Art und Weise zu präsentieren. Die Thematik der Beziehungen zwischen Stadt und Lager lässt sich aufgrund der bereits erwähnten schwierigen Quellen- und Exponatlage nur schwer in Form einer rein musealen Ausstellung realisieren. Da jedoch interessantes Tonmaterial existiert, wie beispielsweise das Interview mit Kurt Scharf von 1989 oder auf Tonträger aufgenommenen Zeitzeugengespräche, bietet es sich an, das Thema als »dokumentarisches Hörspiel« umzusetzen. Auf diese Weise können nicht nur die Zeitzeugen zu Wort kommen, sondern auch über einen Sprecher Passagen aus Originalquellen zitiert und mit akustischen Elementen (Töne, Musik, Stimmen, Geräusche) aufbereitet werden.

Im Sommer 2002 führte die Gedenkstätte mit drei Teilnehmern ein Gutachterverfahren durch, um Gestaltungsvorschläge für die Realisierung des Projekts zu erhalten. In welcher Form das Projekt umgesetzt werden soll, war zu diesem Zeitpunkt noch offen. Von den eingereichten Entwurfskonzepten überzeugte am meisten der Vorschlag von Gerrit Grigoleit²⁰, den Turm durch ein Treppenelement zu erschließen, die bestehende horizontale Unterteilung des Raums in zwei Ebenen aufzugeben und neue Ausblicke in die Umgebung zu schaffen. Innerhalb des Treppenelements sollen die Themen der Ausstellung an verschiedenen Stellen in Seh- und Hörräumen sowie mit Exponaten präsentiert werden. Nachdem ein tragfähiges inhaltliches und gestalterisches Konzept entwickelt worden ist, müssen vor einer Realisierung vor allem noch bauliche und denkmalpflegerische Aspekte geklärt werden.

Andrea Riedle hat als wissenschaftliche Volontärin von März 2000 bis Februar 2003 in der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten/ Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen das Projekt »Die Stadt und das Lager. Oranienburg und das KZ Sachsenhausen.« erarbeitet.

- 1 Sybille Steinbacher, Dachau. Die Stadt und das Konzentrationslager in der NS-Zeit. Die Untersuchung einer Nachbarschaft, Frankfurt am Main 1993, und Jens Schley, Nachbar Buchenwald. Die Stadt und ihr Konzentrationslager 1937–1945, Köln 1999. Außerdem existiert eine Beschreibung der Beziehungen zwischen der Stadt und dem KZ Mauthausen von Gordon J. Horwitz, *In the Shadow of Death. Living Outside the Gates of Mauthausen*, New York/ Toronto 1990 sowie ein Forschungsvorhaben von Anette Leo und Jens Schley zum Verhältnis von der Stadt Fürstenberg und dem Frauen-KZ Ravensbrück.
- 2 Siehe Schley, Nachbar Buchenwald, S. 107 und Steinbacher, Dachau, S. 229f.
- 3 Siehe Steinbacher, Dachau, S. 185
- 4 Siehe Schley, Nachbar Buchenwald, S. 109f.
- 5 Brief des Gestapa, gez. von Theodor Eicke, an den Regierungspräsidenten in Potsdam, 16. Juni 1937, BLHA Rep. 2 A, I. Hb., Nr. 1750
- 6 Interview mit Ursula K. am 19. 1. 2001, Archiv Sachsenhausen
- 7 Vgl. Interview Volkmar Deile mit Kurt Scharf 1989, Kassette 6/A, Mediathek Sachsenhausen
- 8 Brief von Helga T. vom 26. 2. 2002, Archiv Sachsenhausen
- 9 Brief von Helga T. vom 26. 2. 2002, Archiv Sachsenhausen
- 10 Gustav Sorge, Vernehmungsprotokoll des Verhafteten 1946, Prozess gegen Gustav Sorge und Wilhelm Schubert, Staatsanwaltschaft Bonn, Archiv Sachsenhausen, JD 4, Bd 15, S. 129f.
- 11 Kurt Scharf, Leben in Sachsenhausen 1933–1945 (Abschrift eines Tonbandprotokolls zum Vortrag von Dr. Kurt Scharf, 27. 6. 1979, Evangelische Studentengemeinde an der Technischen Universität Berlin), S. 125, in: Archivbericht Nummer 7, 4. Jg, 1997, S. 121–128
- 12 LAB A Rep. 358–02, Nr. 35
- 13 Aussage von Gustav Sorge, Prozess gegen Gustav Sorge und Wilhelm Schubert, Staatsanwaltschaft Bonn, Archiv Sachsenhausen JD 2/46, S. 220f.
- 14 Siehe auch Interview mit dem ehemaligen Häftling Harry Dubinsky vom 11. 8. 1996, in dem er beschreibt, wie die Häftlinge im Stadtzentrum Anfang 1941 von Jugendlichen als »Mörder« bezeichnet und von ihnen mit Steinen beworfen wurden, Transkription, S. 85, Archiv Sachsenhausen
- 15 Leon Szalet, Experiment »E«, S. 27
- 16 Siehe Erklärung des Verwaltungsangestellten der Gemeindeverwaltung Sachsenhausen und Standesbeamte des Standesamtsbezirks Sachsenhausen Paul Kempfer am 1. April 1948, Bundesarchiv, SAPMO V 278/2/142
- 17 Siehe Archiv Sachsenhausen, D 25 A 1–3
- 18 Vgl. Interview Volkmar Deile mit Kurt Scharf 1989, Kassette 6A
- 19 Siehe Günter Morsch (Hg.): Sachsenhausen-Liederbuch, Edition Hentrich, Berlin 1995, S. 40
- 20 Siehe im folgenden: »Die Stadt und das Lager. Oranienburg und das KZ Sachsenhausen«. Ein räumlich-szenografisches Ausstellungskonzept von Gerrit Grigoleit, August 2002

Nutzung des GedenkstättenForums nimmt weiter zu!

Thomas Lutz

Wohl kaum an anderer Stelle als bei der Darstellung von Userzahlen von Homepages ist das Wort von Winston Churchill so zutreffend, dass er nur die Statistik glaube, die er selbst gefälscht habe.

Bei der Berechnung der Nutzer des GedenkstättenForums bemüht sich Stiftung Topographie des Terrors, möglichst genau die tatsächlichen Nutzer zu zählen.

So nennen wir nicht die Zahl von 1,32 Mio. Bewegungen, von Januar bis Juni 2003 auf dem Forum zu verzeichnen sind, als Größe, sondern gehen von etwas über 165 000 Personen aus, die im Forum im ersten Halbjahr 2003 tatsächlich gelesen und dieses inhaltlich genutzt haben.

Im Vergleich zur Zählung im zweiten Halbjahr 2003, wo insgesamt 102 000 Personen gezählt wurde, ist das eine Zunahme, die sich sehen lassen kann.

Besonders erfreulich ist, dass die GedenkstättenÜbersicht sehr häufig aufgerufen wurde. Hier hat die Anzahl der Nutzer erheblich auf fast 75 000 im letzten Halbjahr zugenommen.

Da der Informationswert und der Zugang zu dem Forum weiter verbessert werden soll, bitte ich alle Leser um Mithilfe:

■ Es ist geplant, das GedenkstättenForum im Laufe des nächsten Jahre über die Landesgrenzen hinweg erheblich zu erweitern und dabei auch die bestehenden Einträge auf den aktuellen Stand zu halten. Hierzu bitte ich alle Gedenkstätten, die Einträge zu überprüfen und mir eventuell Änderungen mitzuteilen.

Falls Gedenkstätten neu entstanden sind, z.B. in Trutzhain, oder bestehende meinen, Sie sollten auch in die Liste aufgenommen werden, bitte ich ebenfalls um einen Hinweis. Hierzu bitte folgende email-Adresse nutzen:

gedenkstaettenforum@topographie.de

■ Ich bitte alle Gedenkstätten und in diesem Bereich arbeitende Einrichtungen, aber auch Initiativen und Einzelpersonen, einen Link zu dem GedenkstättenForum auf Ihrer Homepage zu schalten – sofern das nicht schon geschehen ist.

Vergleichen, Austauschen, Abstimmen?

NIEDERLÄNDISCHE UND DEUTSCHE ERINNERUNGSKULTUR

Tagungsbericht zum 39. Bundesweiten Gedenkstättenseminar: »Erinnerungskultur in westeuropäischer Perspektive: Niederlande, Belgien, Luxemburg und Deutschland« (Münster, 22.–25. Mai 2003)

Krijn Thijs

Wenn es zutrifft, dass Europa eine eigene Geschichte braucht, um über nationale Ebenen hinweg identitätsstiftend wirken zu können, so könnte man das 39. Gedenkstättenseminar als europäische Musterveranstaltung sehen. Die von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Geschichtsort Villa ten Hompel und der Stiftung Topographie des Terrors durchgeführte viertägige Veranstaltung in Münster versprach einen erinnerungskulturellen Austausch zwischen den Beneluxstaaten und der Bundesrepublik; sie brachte rund achtzig Fachhistoriker, Gedenkstättenmitarbeiter und engagierte Bürger aus vier westeuropäischen Ländern zusammen. Auch wenn man der zunehmenden Neigung zur »Europäisierung der Vergangenheit«¹ skeptisch gegenüberstehen mag, war die Tagung spannend, belegte sie doch an vielen Stellen die grundsätzliche Verschiedenheit der benachbarten Erinnerungslandschaften und die Schwierigkeiten einer Perspektivenverschmelzung. Das gelungene Seminar wurde von dieser anregenden Spannung stets begleitet, auch wenn sie durch die praxisorientierte Ausrichtung nicht immer direkt thematisiert wurde.

Die Veranstalter hatten vom Ziel einer »grenzüberschreitenden Erinnerungskultur« für das »zusammenwachsende Europa« gesprochen. Dies mündete in der für die kleineren Länder möglicherweise bedrohlich klingenden These, dass »Geschichtsdeutung und Erinnerung« in den Benelux-Ländern und in Deutschland »nach Abstimmung« verlangten. Im Zentrum des Seminars stand die Periode von 1940 bis 1945 mit ihren identitätsverbürgenden Erfahrungen von Krieg, Besatzung, Widerstand, Kollaboration und Vernichtung. Dass die »neuere Täterforschung« dabei besonders berücksichtigt werden sollte, brachte der Veranstaltungsort bereits mit sich. Der Münsteraner »Schreibtischtatort Villa ten Hompel« ist 1999 als öffentlicher »Geschichtsort« eingerichtet worden, der mit der beeindruckenden Dauerausstellung »Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung« die Geschichte der uniformierten Polizei zwischen 1924 und 1968 thematisiert.² Einer der Tagungsleiter, Alfons Kenkmann, Leiter des Geschichtsorts Villa ten Hompel in Münster, hatte für den Eröffnungsvortrag des Seminars im Münsteraner Rathausfestsaal den Rechtshistoriker Cyrille Fijnaut (Universität Tilburg) gewonnen. Fijnaut gab einen Überblick zur Polizeigeschichte in Belgien und den Niederlanden während der Besatzungszeit, zog aber ähnlich wie die Ausstellung der Villa ten Hompel Linien in die 1920er und 1950er Jahren hinein. Durch sein Referat rückte nicht nur der perspektivische Gegensatz zwischen der deutschen Besatzungsmacht und den okkupierten Ländern in den Blick; auch innerhalb der Beneluxstaaten verliefen die Besatzungsjahre so unterschiedlich, dass sich hier sehr verschiedene Erinnerungs- und Forschungslandschaften etabliert haben.



Teilnehmende
der Tagung
Foto: Thomas Lutz,
Stiftung Topographie
des Terrors

In den Niederlanden wurde die Besatzungszeit lange Zeit als Heldengeschichte rezipiert. Einem einflussreichen Dokumentarfilm der 1960er Jahre zufolge war die »Bezetting« die »Geschichte der Vergewaltigung eines unschuldigen und ahnungslosen Volkes, das aber durch seine geistige Stärke und Unbeugsamkeit, unter der beseelten Führung seiner Monarchin, das Böse bekämpft und ungebrochen und gereinigt aus diesem Kampf hervorgeht. Der Preis ist hoch, aber die Gerechtigkeit triumphiert.«³ Dieser »hoch bezahlte Preis«, so betonte Johannes Houwink ten Cate (Zentrum für Holocaust- und Genozidforschung, Amsterdam), bezog sich zunächst nur auf die Märtyrer des Widerstandes und das eigene Leiden. Erst in den 1960er Jahren rückte auch der Holocaust als Opfergeschichte in den Blick. Der niederländische Diskurs zeichnete sich weiterhin durch einen markanten Gut-Böse-Moralismus aus, der erst in den 1980er Jahren stärker kritisiert wurde. Hier setzt auch die erweiterte Kollaborationsforschung an, die die Grenze zwischen Tätern und Zuschauern in Frage stellt, um zu erklären, warum 75 Prozent der 140 000 niederländischen Juden den Krieg nicht überlebten.⁴ Zugleich warnte Houwink ten Cate aber vor einem Übertreiben dieser erweiterten Täterforschung, weil sie die Historisierung wieder zurückzudrehen drohe und an die Vergangenheit heutige Maßstäbe anlege.

Georgi Verbeeck (Universität Maastricht) zeigte, wie sehr die Erinnerung in Belgien von der Erfahrung zweier deutschen Besatzungen beherrscht wird (nämlich der Besatzung im Ersten und Zweiten Weltkrieg). Außerdem ist das belgische Gedächtnis in besonderer Weise von der Nationalitätenproblematik geprägt, denn eine starke flämisch-nationalistische Bewegung hatte aus politischen Gründen (zweimal) mit den deutschen Besatzern kollaboriert. Die Verurteilung der Kollaborateure nach 1945 wurde laut Verbeeck in großen Teilen der flämischen Gesellschaft lange Zeit nicht akzeptiert – eine traditionelle flämisch-emanzipatorische Subkultur verehrte die Kollaborateure weiterhin als Helden und Märtyrer der nationalen Sache. Erst in jüngster Zeit werde auch in Flandern die Besatzungszeit viel kritischer aufgearbeitet. Immerhin, so Verbeeck, hat diese gesplante Erinnerungsgeschichte die Entstehung allzu bequemer Gut-Böse-Schemata verhindert und von Anfang an Fragen der Kollaboration aufgeworfen. Die Aus-

Links: Friso Wielenga,
Zentrum für Nieder-
lande-Studien, Münster
Rechts: Alfons
Kenkmann, Leiter des
Geschichtsorts Villa ten
Hompel, Münster
Foto: Christoph Spiehr,
Geschichtsort
Villa ten Hompel



führungen von Paul Dostert (Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance, Luxemburg) über Luxemburg und die NS-Zeit beschränkten sich auf den Verlauf der Besatzungszeit selbst, während die Luxemburger Erinnerungskultur nach 1945 im Grunde nicht diskutiert wurde.

Da die Vergleichsfälle Belgien und Luxemburg nur mit den Referaten von Verbeeck und Dostert präsent waren, lief das ursprünglich geplante »Vierländerseminar« über weite Strecken auf eine bilaterale Begegnung zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik hinaus. Friso Wielenga (Zentrum für Niederlande-Studien, Münster) fragte in einem souveränen, für die gesamte Konferenz grundlegenden Vortrag nach Parallelen, Gemeinsamkeiten und Abstimmungsmöglichkeiten beider Erinnerungskulturen. Weil die Ausgangslagen, Erzählperspektiven und Inhalte des Erinnerns nach 1945 in beiden Ländern so grundverschieden gewesen sind, wählte Wielenga den interessanten Ansatz, Analogien vor allem in der Periodisierung der Erinnerungsgeschichten zu suchen. Er unterschied für beide Länder vier ähnliche Etappen: »intensive Beschäftigung« mit der NS-Herrschaft bzw. der Besatzung in den ersten Nachkriegsjahren; »relative Ruhe« in den 1950er Jahren; »Moralisierung und Emotionalisierung« in den 1960er und 1970er Jahren sowie »Polarisierung, Historisierung und Differenzierung« seit den 1980er Jahren.

Diese Perspektive lieferte zwar viele Anregungen, führte aber zu einer Vernachlässigung der Inhalte und Funktionen des Erinnerns. Denn gerade hier liegen die Unterschiede beider Geschichtskulturen – statt einer Parallelgeschichte ließe sich wenigstens bis in die 1970er Jahre hinein besser eine Spiegel- oder Kontrastgeschichte schreiben: Die Kriegszeit verschaffte den Niederlanden eine positive Identität (durch Heroisierung des Widerstands), den Deutschen aber einen negativen Bezug (deutsche Katastrophe). Wielengas »ruhige 1950er« bedeuteten für die Niederlande eine geistige Rückkehr in die Vorkriegsgesellschaft, während sie in der Bundesrepublik sowohl eine Phase geistiger Restauration als auch grundlegender Neuorientierung waren. Die nächste Periode war ebenfalls recht unterschiedlich: Wo die breite Thematisierung der NS-Vergangenheit in Westdeutschland zum Generationenkonflikt und letztlich zur »Umgründung« der Bundesrepublik (Manfred Görtemaker) beitrug, wies der Umbruch der 1960er Jahre in den Niederlanden nur einen geringen Vergangenheitsbezug auf. Der erwähnte Wandel



Ulrike Puvogel,
Paul Dostert und Chris
Vos (am Pult).
Foto: Christoph Spieker,
Geschichtsort
Ville ten Hompel

von der Heldengeschichte (Widerstand) zur Opfergeschichte (Holocaust) bestätigte vielmehr die eigene Identität und die moralische Verteilung von Gut (Niederlande) und Böse (NS-Deutschland). Nachdem also die synchrone Entwicklung bis in die 1970er Jahre hinein von Gegensätzen geprägt war, ist die behauptete Parallelität danach noch weniger auszumachen, denn die Kennzeichnung einer fast 25-jährigen Zeitspanne (»seit 1980«) als einer Periode von gleichzeitiger »Polarisierung, Historisierung und Differenzierung« in beiden Ländern zeichnet sich vor allem durch Unschärfe aus.

So hinterließ Wielengas Vortrag einen zwiespältigen Eindruck – letztlich dominierte die Tendenz, Gemeinsames hervorzuheben und Unterschiede auszublenden. Das war nicht untypisch für das gesamte Seminar. Sind dies die Kosten einer »Angleichung« der Erinnerungskulturen zwischen Ländern der Europäischen Union? Man könnte meinen, dass die Befürworter eines solchen europäischen Blicks die Geschichte auf eine wünschenswerte Zukunft hin glätten (wie es beispielsweise auch bei der Stockholmer Holocaust-Konferenz vom Januar 2000 geschehen ist). Jedenfalls mündete Wielengas Beitrag optimistisch in eine doppelte »Triumph History«: Der jeweilige Umgang mit der Vergangenheit sei »weitgehend enttabuisiert und entmythologisiert« und bilde zudem »keine Belastung mehr für die politisch-psychologischen Beziehungen« beider Länder. Skeptiker hätten gegen eine solche Ende-der-Geschichte-Erzählung gewiss eine Menge einzuwenden gehabt.⁵

Leider fehlte in der sehr straffen Planung der Konferenz die Gelegenheit für vertiefende Diskussionen über solche Fragen. Immerhin bot Chris Vos (Universität Rotterdam) eine alternative Sichtweise auf die transnationalen Konvergenzen in der Erinnerung an den Holocaust.

Statt ein organisches Zusammenwachsen Europas zu unterstellen, erklärte Vos die Homogenisierung der Erinnerungskulturen durch ihre wachsende Medialisierung. Mit dem Begriff der »ikonenhaften Klischees« bezeichnete er jene archivarischen Bilder und Videosequenzen, die wegen ihrer Aussagekraft oder Seltenheit immer wieder »recycled« werden. Sie bieten dem Fernsehen ein nur begrenztes Arsenal »authentischer« Bilder und produzieren laut Vos allmählich eine Einheitlichkeit verschiedener Gedenkkulturen. Der Einfluss solcher »Erinnerungsikonen« auf unsere Vorstellungen sei selbst dort bemerkbar, wo auf Archivbilder verzichtet werde, denn auch im gestellten Kinofilm sehen

wir die Judenvernichtung »originalgetreu« in Schwarz-weiß (Spielbergs »Schindlers Liste«).

Neben diesen allgemeinen Themen stand die praktische Arbeit von Gedenkstätten und Museen im Mittelpunkt der Tagung. Auf einem »Markt der Möglichkeiten« präsentierten sich niederländische und deutsche Projekte, darunter auch eine Reihe (noch) nicht institutionalisierter Bürgerinitiativen. Andreas Pflock (Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg) hielt einen sehr gelungenen Bildvortrag zu den niederländischen Lagergedenkstätten. Nach dem Krieg wurden die Lager mal als Armeekasernen, mal als Gefängnisse, Flüchtlingslager oder Asylantenwohnheime verwendet; die Überreste wurden nach Belieben auseinandergenommen oder gar renoviert. (Ein Vergleich mit der Nachgeschichte der Lager in den beiden deutschen Staaten würde verdeutlichen, dass dies ein länder- und systemübergreifendes Phänomen war.) Heute besteht im ehemaligen Durchgangslager Kamp Westerbork eine moderne Gedenkstätte mit Dokumentationszentrum, doch mit der Entwicklung von ähnlichen Stätten tut man sich – etwa im Fall des Lagers Amersfoort – nach wie vor schwer.

Den Abschluss des Seminars bildete ein Besuch im niederländischen »Nationalen Kriegs- und Widerstandsmuseum« in Overloon. Auch dieses Museum hinterließ bei den kritischen Teilnehmern einen zwiespältigen Eindruck. Overloon ist ein kleiner Ort, der 1944 bei einer Panzerschlacht zwischen Alliierten und Deutschen weitgehend zerstört wurde. Am Ort der Schlacht wurde das Museum gegründet. Überwältigend ist vor allem die Größe des Museumsgeländes (ca. 15 Hektar), das den Besucher zuerst mit verschrotteten Panzern aus der Schlacht konfrontiert. Weil der deutsche Besucher bei Museen zur NS-Zeit eher Nachdenklichkeit und Besinnung gewöhnt ist, wirkt das gesammelte Kriegsmaterial irritierend. Verwunderung herrschte auch über die umfangreiche Ausstellung, deren Anspruch, das niederländische Zentralmuseum zu sein, sich im schieren Volumen zu spiegeln scheint. Die Ehrenhalle mit Militäruniformen und Büsten von Königin Wilhelmina und ihrem Schwiegersohn Bernhard wirkt überholt. Überhaupt erschien die Kombination von Kriegs- und Widerstandsmuseum den Konferenzteilnehmern nicht überzeugend, weil hierdurch gerade die differenzierenden Grautöne der Besatzungsherrschaft selbst unterbelichtet bleiben. Dass in späteren Jahren eine gesonderte Ausstellungshalle über die Judenvernichtung hinzugefügt worden ist, hat geradezu Symbolcharakter – das Gebäude des niederländischen Geschichtsbildes ist in Overloon eher durch »Anbauten« als durch grundlegende »Umbauten« mit der Zeit mitgewachsen. Viele Teilnehmer zweifelten daran, ob ein Schlachtfeld der richtige Standort für die Betrachtung der gesamten Besatzungszeit sein kann, und ob ein Nationalmuseum als »große Synthese« noch zeitgemäß ist.

Besonders deutlich war der Kontrast zum in den Anfängen begriffenen Museumprojekt »Markt12« im niederländischen Aalten nahe der Grenze. Das kleine, »von unten« getragene Projekt will nachdrücklich ein deutsch-niederländisches Museum sein; es thematisiert gemeinsame Erfahrungen wie Untertauchen, Widerstand und Kollaboration. Initiativen wie »Markt12« zeigen, dass man auf lokaler und regionaler Ebene manchmal leichter zur erinnerungskulturellen Annäherung kommt als im Bereich der nationalen Repräsentation. In dieser Hinsicht konnte man dem Gedenkstättenseminar viel Positives abgewinnen. Um Institutionen wie die Villa ten Hompel, das Niederlande-Zentrum und das Herinneringencentrum Kamp Westerbork herum ist ein sehr aktives Netzwerk deutsch- niederländischen Austauschs entstanden.⁶ Auch

die große Zahl der Teilnehmer, darunter viele jüngere Kollegen, spiegelte ein großes Interesse am Nachbarn wider – freilich eher von deutscher Seite als umgekehrt. Und gerade hierin liegt die Schwierigkeit der Konstruktion einer »gemeinsamen« oder »europäischen« Perspektive: Sie scheint vor allem von Deutschland aus vorangetrieben zu werden. Man würde sich für Folgeveranstaltungen wünschen, dass sich niederländische Institutionen wie zum Beispiel das Nationalmuseum in Overloon, das Niederländische Institut für Kriegsdokumentation (NIOD) oder das Duitsland-Institut (beide in Amsterdam) beteiligen würden. Denn von einem gleichberechtigten Treffen kann erst dann die Rede sein, wenn die deutsche Erinnerungskultur und die Tendenz zur »Europäisierung« aus niederländischer Sicht mit gleicher Selbstverständlichkeit diskutiert werden.

Krijn Thijs, geboren in Amsterdam, studierte Geschichte in Amsterdam und Berlin und arbeitet seit 2001 an einer Dissertation am Zentrum für Zeit-historische Forschung in Potsdam.

- 1 Claudia Lenz, Jens Schmidt und Oliver von Wrochem (Hg.): *Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit*, Hamburg 2002 (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=2571>, Rezension Harald Schmid). Vgl. z.B. auch die aktuellen Debatten um die Etablierung des 17. Juni 1953 als europäisches (Gedenk-) Ereignis oder die europäische Perspektive in: Etienne François und Hagen Schulze (Hg.): *Deutsche Erinnerungsorte*, Band 1, München 2001, S. 9–24.
- 2 www.muenster.de/stadt/villa-ten-hompel/. Die jetzige Dauerausstellung wurde im Mai 2001 eröffnet.
- 3 Aus der Fernsehserie »De Bezetting«, die zwischen 1960 und 1965 ausgestrahlt wurde.
- 4 Zu den Arbeiten, die in den Niederlanden größere Kontroversen hervorgerufen haben, gehören: Nanda van der Zee, *Om erger te voorkomen. De voorgeschiedenis en uitvoering van de vernietiging van het Nederlandse jodendom tijdens de Tweede Wereldoorlog*, Amsterdam 1997 (dt. Übersetzung: *Um Schlimmeres zu verhindern. Die Ermordung der niederländischen Juden: Kollaboration und Widerstand*, München 1999), und Chris van der Heijden: *Grijs verleden. Nederland en de Tweede Wereldoorlog*, Amsterdam 2001.
- 5 So gibt es nach wie vor Kontroversen um deutsche Opfererfahrungen (Bombenkrieg und Vertreibung), um niederländische Täterschaft beim »Raub« jüdischen Besitzes und um die Entmoralisierung der Besatzungszeit zur »grauen« Vergangenheit (vgl. Chris van der Heijden, wie Anm. 4). Und die niederländische Weigerung, 1995 zusammen mit den Deutschen zu gedenken und zu feiern, könnte auch anders gewertet werden als mit Wielengas Genugtuung darüber, dass das Thema immerhin erstmals öffentlich diskutiert worden sei.
- 6 Als publizierte Ergebnisse vgl. die Tagungsbände: Johannes Houwink ten Cate und Alfons Kenkmann (Hg.): *Deutsche und holländische Polizei in den besetzten niederländischen Gebieten. Dokumentation einer Arbeitstagung*, Münster 2002 (=Villa ten Hompel Aktuell 2); *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 12 (2001), Themenheft zur Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur in Deutschland und den Niederlanden.

Veranstaltungen

Veranstaltungen der Topographie des Terrors

Volpriehausen (Harz), 25.–28. September 2003

40. Bundesweites Gedenkstättenseminar

»Geschichte der ›Asozialität‹ im Nationalsozialismus.

Darstellung und Vermittlung in Gedenkstätten für NS-Opfer«

Veranstalter: Bundes- und Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung,
Gedenkstätte im Torhaus Moringen, Stiftung Topographie des Terrors, Thomas Lutz
Tel. (030) 25 45 09-15 | lutz@topographie.de

Dachau, 20.–23. Mai 2004

41. Bundesweites Gedenkstättenseminar

»Spuren des Überlebens. Dokumente der Erinnerung. Kunst, Künstler
und politische Bildung in Gedenkstätten für NS-Opfer«

Ort: Jugendgästehaus Dachau, Roßwachtstr. 154, 85221 Dachau

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung, Stiftung Topographie des Terrors
KZ-Gedenkstätte Dachau, Jugendgästehaus Dachau, Dr. Bernhard Schoßig
Tel. (081 31) 322 95-0
urbanski-jgh-dachau@gmx.net | www.jgh-dachau.de

Seminare, Tagungen

Berlin, 28.–29. August 2003

Fachkonferenz »Das rechte und das linke Auge – Zur juristischen
Aufarbeitung von NS-Staat und DDR«

Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Tel. (030) 26 93-58 27
www.fes.de | loydam@fes.de

Würzburg, 12.–14. September 2003

»Begegnung und Bildung gegen Rassismus«

Veranstalter: Deutsche Agentur JUGEND/Jugend für Europa, Christof Kriege,
Heussallee 30, 53113 Bonn
Tel. (02 28) 95 06-260 | Fax (02 28) 95 06-222
Kriege@jfemail.de | www.webforum-jugend.de

Warschau, 14.–21. September 2003

Konferenz »Zum Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus
im deutsch-polnischen Vergleich«

Veranstalter: Internationale Jugendbegegnungsstätte Oswieçim/Auschwitz (IJBS)
Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung/
Gedenkstätte Bergen-Belsen, Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau
Hartmut Ziesing, IJBS: ul. Legionow 11, 32-600 Oswieçim, Polen
Tel. (+48-33) 843 21 07 | Fax (+48-33) 843 39 80
ziesing@mdsm.pl

Neckarelz, 20. September 2003

Zukunftswerkstatt **»Mitdenken, mitplanen, mitgestalten«**

Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Neckarelz e.V., Mosbacher Str. 39
74821 Mosbach-Neckarelz

Tel. (062 61) 67 06 53 | Fax (062 61) 67 23 81

www.kz.denk-neckarelz.de | vorstand@kz-denk-neckarelz.de

Oświęcim, 21.–28. September 2003

»Frauen in Auschwitz«

Ort: Internationale Jugendbegegnungsstätte Oswiecim/Auschwitz,
ul. Legionow 11, 32-600 Oświęcim, Polen

Veranstalter: Elzbieta Pasternak, Anna Musiol,
IJBS Oświęcim/Auschwitz, Zentrum für Frauen, Krakau

Tel. (+48-33) 843 23 77 | Fax (+48-33) 843 39 80

www.mdsm.pl/de/seminare/index.php | pasternak@mdsm.pl

Recklinghausen, 29.–30. September 2003

Tagung **»Wandel der Systeme – Kontinuität der Akteure (1930–1960).
Eliten in der frühen Bundesrepublik«**

Ort: Gustav-Heinemann-Haus, August-Schmidt-Ring 20, 45665 Recklinghausen

Veranstalter: Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen, Geschichtsort

Villa ten Hompel, Carmen Krybus, Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Tel. (02 51) 492 71 01

www.muenster.de/stadt/vill-ten-hompel | KrybusC@stadt-muenster.de

WuStrau, 3.–5. Oktober 2003

Fachtagung **»Die Vertreibung der Rechtskultur
aus Deutschland und die Folgen«**

Veranstalter: Forum Justizgeschichte e.V., Dr. Helmut Kramer
Herrenbreite 18 A, 38302 Wolfenbüttel

Tel. (053 31) 711 35 | Fax (053 31) 333 29

www.forum-justizgeschichte.de | info@forum-justizgeschichte.de

Neckarelz, 8. Oktober 2003

Beginn 14.30 Uhr

Lehrer-Fortbildung **»Das KZ vor der Haustür:
Was fange ich im Unterricht damit an?«**

Ort: Clemens-Brentano-Schule bei der KZ-Gedenkstätte

Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Neckarelz e.V., Mosbacher Str. 39
74821 Mosbach-Neckarelz

Tel. (062 61) 67 06 53 | Fax (062 61) 67 23 81

www.kz.denk-neckarelz.de | vorstand@kz-denk-neckarelz.de

Dachau, 10.–11. Oktober 2003

Beginn 13 Uhr

Tagung »Kriegsende 1945 – 4. Dachauer Symposium zur Zeitgeschichte«

Ort: Jugendgästehaus Dachau, Roßwachtstraße 15, 85221 Dachau

Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Dachau, Jugendgästehaus Dachau, Dr. Bernhard Schoßig

Tel. (081 31) 322 95-56 | Fax (081 31) 322 95-60

www.jgh-dachau.de | urbanski-jgh-dachau@gmx.net

Schwerte/Ruhr, 13.–15. November 2003

Werkstatt-Tagung »Geschichtsarbeit und historisch-politisches Lernen
zum Nationalsozialismus«

Ort: Haus Villigst, Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte

Veranstalter: Bildungswerk der Humanistischen Union –

Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NRW – Forum Geschichtskultur an Ruhr und
Emscher, Dr. Norbert Reichling, Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen

Tel. (02 01) 22 79 82 | Fax (02 01) 23 55 05

buero@hu-bildungswerk.de

Gütersloh, 14.–16. November 2003

Tagung »Zum 20-jährigen Bestehen des Arbeitskreises zur Erforschung
der nationalsozialistischen ›Euthanasie‹ und Zwangssterilisation«

Ort: Westfälische Klinik Gütersloh

Veranstalter: Westfälische Klinik Gütersloh, Dr. Jutta M. Bott

Hermann-Simon-Str. 7 33334 Gütersloh

Tel. (052 41) 50 23 54 | Fax (052 41) 50 21 02

J.Bott@wkp-lwl.org

Bonn, 2./3. Dezember 2003

Symposium »Gedenkstätten und Besucherforschung«

Möglichkeiten und Grenzen von Besucherforschung unter den
spezifischen Bedingungen der Gedenkstätten sollen dargestellt und diskutiert,
aktuelle Herausforderungen und Anregungen skizziert werden.

Veranstalter: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
in Zusammenarbeit mit der Gedenkstättenkommission des Bundes in Bonn

Hans-Joachim Westholt, Tel. (02 28) 91 65-234 | westholt@hdg.de

Daniela Siepe, Tel. (02 28) 91 65-533 | siepe@hdg.de

Ausstellungen

Göttingen, 16. September 2003

Beginn 17 Uhr

»Bilder aus Dora« und »Zwangsarbeit für den Endsieg«

Ort: Hainberg-Gymnasium Göttingen

Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Kohnsteinweg 20, 99734 Nordhausen

Tel. (036 31) 49 58-0

www.dora.de | info@dora.de

Marienborn, 9. November 2003–30. Januar 2004

»Neuland«

Veranstalter: Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, Janina Schurich;
Grenzenlos – Wege zum Nachbarn e.V., c/c Stadt Helmstedt, Markt 1, 38350 Helmstedt
Tel. (053 51) 171 78 | Fax (053 51) 171 75
www.grenzdenkmaeler.de/marienborn/Marienborn.htm
janina.Schurich@rpm.mi.lsa-net.de

Einzelveranstaltungen

Hamburg, 3. September 2003

Beginn 19 Uhr

Vortrag »Anerkennung, Neuanfang oder fortdauerndes Elend?

Zur Lage ehemaliger KZ-Häftlinge in der Ukraine«

Referent: Dr. Boris Zabarko, Kiew (Ukraine)

Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Freundeskreis KZ-Gedenkstätte
Neuengamme e.V., Jens Michelsen, Jean-Dolidier-Weg, 21039 Hamburg
Tel. (040) 42 89 65 21 | Fax (040) 42 89 65 25
www.hamburg.de/Neuengamme/ | info@kz-gedenkstaette-neuengamme.de

Wuppertal, 9. September 2003

Beginn 19.30 Uhr

Vortrag »Gedanken zur Traumatisierung von Kindern«

Referent: Prof. Dr. Hans Keilson (Bussum)

Veranstalter: Bergische Universität Wuppertal, Begegnungsstätte Alte Synagoge
Wuppertal, Genügsamkeitstraße, 42105 Wuppertal, Tel./Fax (02 02) 563-28 43
www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/wuppertal | GedenkstaetteWuppertal@gmx.de

Neckarelz, 21. September 2003

Beginn 15.30 Uhr

Vortrag »Zwangsarbeit und Rüstungsindustrie –
immer noch ein blinder Fleck in der deutschen Kriegserinnerung«

Referent: Dr. Georg Fischer

Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Neckarelz e.V., Mosbacher Str. 39
74821 Mosbach-Neckarelz
Tel. (062 61) 67 06 53 | Fax (062 61) 67 23 81
www.kz.denk-neckarelz.de | vorstand@kz-denk-neckarelz.de

Köln, 25. September 2003

Beginn 19 Uhr

Vortrag »Hüterin der »Heimatfront«. Die Gestapo und die Disziplinierung
von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern«

Referentin: Dr. Gabriela Lotfi (Essen)

Veranstalter: NS-Dokumentationszentrum, Barbara Kirschbaum
Appellhofplatz 23–25, 50667 Köln
Tel (02 21) 221-263 31 | Fax (02 21) 221-255 12
www.museenkoeln.de/ns-dok | barbara.kirschbaum@stadt-koeln.de

Nordhausen, 6. Oktober 2003

Beginn 17 Uhr

Buchpräsentation »Die Wirtschaft der SS«

Referent und Autor: Hermann Kaienburg (Hamburg)

Ort: Medienraum der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Kohnsteinweg 20, 99734 Nordhausen

Tel. (036 31) 49 58-0

www.dora.de | info@dora.de

Köln, 8. Oktober 2003

Beginn 19 Uhr

Vortrag »Sieger unter Besiegten? Displaced Persons im Rheinland«

Referent: Dr. Stefan Schröder (Greven)

Veranstalter: NS-Dokumentationszentrum, Barbara Kirschbaum

Appellhofplatz 23–25, 50667 Köln

Tel. (02 21) 221-263 31 | Fax (02 21) 221-255 12

www.museenkoeln.de/ns-dok | barbara.kirschbaum@stadt-koeln.de

Neckarelz, 19. Oktober 2003

Beginn 15.30 Uhr

Lesung/Vortrag »Frauen in den Neckarlagern?!

Die Episode der jüdischen Frauen von Neckargerach«

Referentin: Dorothee Roos

Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Neckarelz e.V., Mosbacher Str. 39

74821 Mosbach-Neckarelz

Tel. (062 61) 67 06 53 | Fax (062 61) 67 23 81

www.kz.denk-neckarelz.de | vorstand@kz-denk-neckarelz.de

Köln, 4. November 2003

Beginn 19 Uhr

Diskussion »Entschädigt und erledigt?«

Teilnehmer: Lothar Evers (Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte)

Dr. Ulrich Soénus (Industrie- und Handelskammer zu Köln)

Wolfgang Müller (Unternehmer)

Veranstalter: NS-Dokumentationszentrum, Barbara Kirschbaum

Appellhofplatz 23–25, 50667 Köln

Tel. (02 21) 221-263 31 | Fax (02 21) 221-255 12

www.museenkoeln.de/ns-dok | barbara.kirschbaum@stadt-koeln.de

Redaktionsschluss für Veranstaltungshinweise im GedenkstättenRundbrief 115/2003
ist der 21. September 2003.

Hinweise werden berücksichtigt sofern aus Platzgründen möglich.

Veranstaltungshinweise werden auch auf den Seiten des Gedenkstättenforums
veröffentlicht. Dort können Institutionen ihre eigenen Veranstaltungshinweise
selbstständig und damit möglichst frühzeitig eintragen.

Buchhinweis

Netzwerk der Erinnerung

10 Jahre Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors

Rürup, Reinhard (Hg.)

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Gedenkstättenreferats, das die Gedenkstätten für Opfer des NS-Regimes in Deutschland koordiniert, hat die Stiftung Topographie des Terrors eine 96-seitige Broschüre herausgegeben. In der Publikation wird eine Zwischenbilanz der Arbeit des Referats gezogen, die vielfältigen Tätigkeiten werden dargestellt und von zahlreichen Fachleuten kommentiert: die Durchführung von bundesweite Gedenkstättenseminare, Internationalen Konferenzen und Studienreisen, die Veröffentlichung des GedenkstättenRundbriefs und das täglich aktualisierte Internet-GedenkstättenForum.

Zudem werden aktuelle Arbeitsfelder und Debatten vorgestellt: Besonderheiten der deutschen Erinnerungslandschaft, Gegenwartsbedeutung, Professionalisierung und Internationalisierung.

Ein Gespräch über »Eine Klammer in der dezentralen Struktur« zwischen Angela Genger, Reinhard Rürup, Jörg Skriebeleit, Siegfried Vergin und Wilfried Wiedemann stellt die Bedeutung der Koordination für die Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland dar.

»Auch im weltweiten Vergleich«, so Thomas Lutz, Leiter des Gedenkstättenreferats, »gibt es kein Land, in dem so viele Gedenkstätten einen so umfassenden Austausch kontinuierlich pflegen und so intensiv zusammenarbeiten. Die dezentrale Gedenkstättenstruktur und die Koordination durch die Stiftung Topographie des Terrors stärken sich gegenseitig.«

Stimmen aus der Broschüre:

*Dr. Knut Nevermann, Amtchef der Staatsministerin
für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt:*

»Die Bundesregierung ist, wie im Gedenkstättenkonzept von 1999 formuliert, zunächst der Überzeugung, dass Gedenkstätten im Kern Länderangelegenheit sind und daher, wenn überhaupt, Landeseinrichtungen sein müssen.[...]

Was es aber geben muss, ist ein Koordinierungsstelle, eine professionelle Vernetzung der Gedenkstätten selbst. Mit dem Gedenkstättenreferat der »Topographie des Terrors« gibt es das im Ansatz bereits. Das wird zwar auf lange Sicht ausgebaut werden müssen, aber schon jetzt, durch die Wirksamkeit des Referats und die kollegialen Kontakte der Gedenkstätten untereinander, haben wir ein professionelles Niveau erreicht, das es sonst auf der Welt nicht gibt.« (S. 47)

Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten:

»Mit dem Gedenkstättenreferat in der "Topographie des Terrors" haben wir eine Verständigungsorganisation, die Zusammenkünfte plant, den Kommunikationsaustausch organisiert und bestimmte Meinungsbildungsprozesse vorantreibt. Das ist unverzichtbar.« (S. 50)

Siegfried Vergin:

»Hier sind Kenntnisse gesammelt worden, die man nirgendwo anders finden kann.«
(S. 72)

Dr. Detlef Garbe, Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme:

»Ohne Übertreibung lässt sich sogar sagen, dass die heute oftmals zu Recht gewürdigte bundesdeutsche Erinnerungslandschaft ihre prägenden Impulse zu großen Teilen den Gedenkstättenseminaren verdankt.« (S. 24)

Dr. Norbert Haase, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten:

»Die Studienreisen des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors stellen ein unverzichtbares Angebot an Multiplikatoren der Gedenkstättenarbeit in Deutschland dar, auf ausgesucht hohem Niveau die Gedenkkultur kennenzulernen – insbesondere die Gedenkstättenarbeit europäischer Nachbarländer.« (S. 34)

Prof. Dr. Matthias Pfüller, Vorsitzender von Politische Memoriale e.V.:

»Der GedenkstättenRundbrief ist damit nicht nur ein unersetzliches Archiv für die Selbstverständigung – er wird mit Sicherheit auch weiter notwendig sein für die Fortsetzung der Integration der Gedenkstätten in den alten und den neuen Bundesländern« (S. 39)

Dr. Dietmar Sedlaczek, Leiter der KZ-Gedenkstätten Moringen:

»Den Betreibern des GedenkstättenForums ist für die Bereitstellung dieser notwendigen und zeitgemäßen Ressourcen sehr zu danken. [...] Da braucht es Einrichtungen wie diese, die ein zielgruppenspezifisches Angebot darstellt.« (S. 43)

Netzwerk der Erinnerung.

10 Jahre Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors

Reinhard Rürup (Hg.)

Berlin 2003, 96 Seiten, zahlreiche Illustrationen.

Der Band ist für eine Schutzgebühr von 3 Euro plus Porto zu beziehen über:

Stiftung Topographie des Terrors, Frau Michaela Illner,

Budapester Strasse 40, 10787 Berlin, illner@topographie.de

Literaturhinweise

Aus der Geschichte lernen?!: Gedenkstättenfahrten nach Bergen-Belsen und Buchenwald; Seminarprogramm für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II. Münster: Villa ten Hompel, 2003. 32 S., zahlr. Ill. (Villa ten Hompel Aktuell; 3) ISBN 3-934999-02-6

Bajohr, Frank: »Unser Hotel ist judenfrei«: Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main: Fischer, 2003. 232 S.: Ill ISBN 3-596-15796-X

Bolchover, Richard: British Jewry and the Holocaust. Oxford: The Litman Library of Jewish Civilization, 2003. XLIV, 210 S. (The Littman library of Jewish civilization) ISBN 1-874774-80-3

Burke, Peter: Augenzeugenschaft: Bilder als historische Quellen/Matthias Wolf [Übers.]. Berlin: Wagenbach, 2003. 251 S.: Ill. ISBN 3-8031-3610-5

Casagrande, Thomas: Die volksdeutsche SS-Division »Prinz Eugen«: die Banater Schwaben und die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen. Frankfurt/Main: Campus, 2003. 368 S.: Ill. Hochschulschrift: Frankfurt (Main), Univ., Diss., 2002 ISBN 3-593-37234-7

»Dem Deutschen Volke«: die Geschichte der Berliner Bronzegießer Loevy/Helmuth F. Braun; Michael Dormmann [Hrsg.]; Jüdisches Museum Berlin. Köln: DuMont, 2003. 189 S.: Ill. enth. 1 CD-ROM ISBN 3-9808-6461-8

Feldman, Margit: Margit: a teenager's journey through the Holocaust and beyond/Margit Feldman and Bernard Weinstein. With a foreword by James E. McGreevey. Scottsdale, Ariz.: Princeton Editorial Assoc., 2003. XVI, 175 S.: Ill.

Gailus, Manfred: Protestantismus und Nationalsozialismus: Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin. Köln u.a.: Böhlau, 2001. 735 S.: Ill. (Industrielle Welt; 61) Hochschulschrift: Zugl.: Berlin, Tech. Univ., Habilschr., 1999 ISBN 3-412-07201-X

Die Gedenkstätte Breitenau in Guxhagen bei Kassel/Gunnar Richter [Hrsg.]. 3., überarb. u. erg. Aufl. Kassel, 2002. 36 S.: zahlr. Ill.

Gedenkstätte Gestapo-Keller im Schloss Osnabrück. Osnabrück: Gedenkstätte Gestapo-Keller im Schloss Osnabrück, 2003. 39 S.: Ill.

Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus: eine Dokumentation/ Ulrike Puvogel [Bearb.]. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2003. 1 CD-ROM

»...gerade Dich, Arbeiter, wollen wir.«: Nationalsozialismus und freie Gewerkschaften im Mai 1933; die Tafeln der Ausstellung anlässlich des 70. Jahrestages. Frankfurt/Main: DGB-Landesbezirk Hessen, Abt. Jugend, 2003. 25 S.: zahlr. Ill.

Die Gräber von Ludwigslust: eine Dokumentation. Wöbbelin: Förderverein Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin. 40 S.: zahlr. Ill.

Gursky, André: Zivilcourage: der 17. Juni 1953 in Halle; die Verfolgung und Verurteilung von Teilnehmern des Volksaufstandes, dargestellt auf Grundlage von Akten der Justiz und des Ministeriums für Staatssicherheit. Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, 2003. 102 S.: Ill. (Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt; 8)

Image and remembrance: representation and the Holocaust/ed. by Shelley Hornstein and Florence Jacobowitz. Bloomington [u.a.]: Indiana Univ. Press, 2003. VII, 332 S.: Ill. ISBN 0-253-21569-2

Kornweitz, Josef Arie: Zone 30: Rückkehr aus dem Exil/Josef Arie Kornweitz; Christiane Walesch-Schneller; Günter Boll; Förderverein Ehemaliges Jüdisches Gemeindehaus Breisach.: modo, 2003. 123 S.: zahlr. Ill. ISBN 3-922675-93-X

Kluntz, Michael: Erinnern, verdrängen, vergessen: geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert/Michael Kluntz; Samuel Salzborn; Marc Schwietring; Gerd Wiegel. Giessen: Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation, 2003. 176 S. (Schriften zur politischen Bildung, Kultur und Kommunikation; 1) ISBN 3-00-010741-X

The last expression: art and Auschwitz/ ed. by David Mickenberg, Corinne Granof, Peter Hayes. Evanston, Ill.: Northwestern Univ. Press, 2003. XV, 272 S.: Ill. ISBN 0-8101-1548-4

Mehm, Berthold: Religiöser Widerstand in Hildesheim 1933-1945. Hildesheim: Selbstverl., 2002. 34 S.: Ill.

Museum Markt 12. Aalten. 13 S.

Müller, Jürgen: Ausgrenzung der Homosexuellen aus der »Volksgemeinschaft«: die Verfolgung von Homosexuellen in Köln 1933–1945. Köln: Emons, 2003. 304 S.: Ill. (Schriften des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln; 9) Hochschulschrift: Univ., Duisburg, Diss., 2001 ISBN 3-89705-275-X

Netzwerk der Erinnerung: 10 Jahre Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors/Reinhard Rürup [Hrsg.]. Berlin: Stiftung Topographie des Terrors, 2003. 96 S.: zahlr. Ill. ISBN 3-9807205-3-5

Origins of World War II: the debate continues/ ed. by Robert Boyce and Joseph A. Maiolo. Houndmills: PalgraveMacmillan, 2003. VII, 397 S.: Ill. ISBN 0-333-94539-5

Raschke, Helga: Das Außenkommando SIII und die Bauvorhaben im Jonastal. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 2003. 80 S.: Ill. (Thüringen gestern & heute; 19) ISBN 3-931426-73-4

Speer, Florian: Ausländer im »Arbeitseinsatz« in Wuppertal: zivile Arbeitskräfte, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg. Wuppertal: Stadt Wuppertal, 2003. 636 S.: Ill. ISBN 3-87707-609-2

Tech, Andrea: Arbeitserziehungslager in Nordwestdeutschland 1940–1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2003. 331 S. (Bergen-Belsen Schriften; 6) ISBN 3-525-35134-8

Terezin Memorial: Annual Report for 2002. Terezin: Terzin Memorial, 2003. 35 S.

Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren?: NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland/ Jürgen Weber [Hrsg.]; Akademie für Politische Bildung Tutzing. München: Olzog, 1984. 211 S. (Akademiebeiträge zur politischen Bildung; 12) ISBN 3-7892-7244-2

Voices and views: a history of the Holocaust/ Debórah Dwork [Hrsg.]. New York: The Jewish Foundation for the Righteous, 2002. 687 S.: Ill. ISBN 0-9700602-1-1

Wehrmacht Verbrechen Widerstand: vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg/ Clemens Vollnhals [Hrsg.]. Dresden: Hanna-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, 2003. 77 S. (Berichte und Studien; 40) ISBN 3-931648-43-5

Wert des Lebens: Gedenken Lernen Begreifen/ Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik an der Johannes Kepler Universität Linz. Linz: Trauner, 2003. 56 S.: Ill. Begleitpublikation zur Ausstellung des Landes OÖ in Schloss Hartheim 2003 ISBN 3-85487-470-7

Wert des Lebens: Gedenken Lernen Begreifen/ Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik an der Johannes Kepler Universität Linz. Linz: Trauner, 2003. 304 S.: Ill. Begleitpublikation zur Ausstellung des Landes OÖ in Schloss Hartheim 2003 ISBN 3-85487-647-7

Wilderotter, Hans: Das Haus der Abgeordneten: ein Denkmal preußischer und deutscher Geschichte in der Mitte Berlins/Hans Wilderotter. Berlin: Philo Fine Arts, 2001. 143 S.: zahlr. Ill. ISBN 3-364-00378-5

WANDERAUSSTELLUNG »VOR ALLER AUGEN. FOTODOKUMENTE DES NATIONALSOZIALISTISCHEN TERRORS IN DER PROVINZ.«

Die auf dem 2002 erschienenen, gleichnamigen Bildband (Klaus Hesse und Philipp Springer, Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz, Essen 2002; Klartext-Verl., 216 S., 335 Abb. s/w, 19,90 EUR) beruhende Fotoausstellung wird von der Stiftung Topographie des Terrors jetzt auch als Wanderausstellung gezeigt.

Die Fotoschau umfaßt u.a. über 100 Fotos, die Praktiken und Rituale öffentlichen nationalsozialistischen Terrors dokumentieren, wie z.B. die Anprangerungen von deutschen Frauen wegen Beziehungen zu Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Trotz des gegenüber der Buchfassung deutlich reduzierten Umfangs wird auch in der Kurzfassung eindrucksvoll deutlich, daß die von 1933 bis zum Kriegsende organisierte nationalsozialistische Gewalt gegen Minderheiten, politische Gegner und Andersdenkende immer wieder auch auf den Straßen und Plätzen deutscher Städte ihre Orte fand. Der Terror war alltäglich und öffentlich, nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den kleineren Städten und Gemeinden in der »Provinz«.

Ausleih-/Buchungskonditionen:

Stiftung Topographie des Terrors, Tel. (030) 25 45 09-0 | info@topographie.de.

GEDENKSTÄTTEN IM INTERNET

Das Forum bietet die Möglichkeit des schnellen und einfachen Austausches, der Zusammenarbeit und der Diskussionsplattform für Gedenkstätten und Interessierte. Es dient der frühzeitigen Bekanntgabe von Terminen, der Veröffentlichung von Hinweisen auf neue Publikationen und Projekte. Es besteht die Möglichkeit, die eigene Einrichtung vorzustellen und Links zur eigenen Homepage anzulegen.

www.gedenkstaettenforum.de

OPEN - AIR AUSSTELLUNG »TOPOGRAPHIE DES TERRORS«

Bis zur Fertigstellung des Neubaus des Internationalen Dokumentationszentrums ist die Open-Air-Ausstellung »Topographie des Terrors, Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände« zu besichtigen. Niederkirchnerstr. 8, 10963 Berlin, Eintritt frei, täglich geöffnet, Mai bis September 10–20 Uhr, Oktober bis April 10 Uhr–18 Uhr. Führungen nach Vereinbarung: Tel. (030) 254 86-703 | jonelat@topographie.de
www.topographie.de